

Volksmacht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechanfragen der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Die Volksmacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 2537

Nr. 93.

Danzig, den 16. November 1912.

3. Jahrgang.

Zum Westpreußischen Parteitag.

Am nächsten Sonntag, den 17. November, tritt hier in Danzig, im Lokale des Herrn Steppuhn, Bürgergarten in Schidlich, der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Westpreußens zusammen. Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige und wird den Delegierten Gelegenheit geben, ihre Anschauungen zu den verschiedenen Fragen klarzulegen. Einen breiten Raum wird die Erörterung über unsere Presse einnehmen, da verschiedene Anträge vorliegen, unser Organ, die „Volksmacht“, in Zukunft täglich erscheinen zu lassen. Es wäre sehr wünschenswert in der Zeit des politischen und religiös-fanatistischen Kampfes, wenn wir eine Tageszeitung besitzen würden, um unsern Gegnern, die wie heißhungerige Wölfe über uns herfallen, ein genügendes Paroli bieten zu können. Dazu gehört aber die nötige Schaffensfreudigkeit aller Genossen, die Agitations- und Werbearbeit für unsere „Volksmacht“ energisch aufzunehmen. Denn nur so kann es gelingen, den Wünschen der Genossen und der arbeitenden Bevölkerung ein Kampfbild zu schaffen, das allen Anforderungen genügt. Westpreußen, eine Domäne der Junkerei und Muckerei, muß auch für den Sozialismus gewonnen werden, um die Arbeiter aus den Schlingen der Junker und Pfaffen zu befreien.

Weiter wird über Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung gesprochen werden. Auch dieses Thema wird für die weitere Entwicklung unserer Partei in Westpreußen von Bedeutung sein, denn der Jugend gehört die Zukunft. Eine freiheitliche Geistesbildung für die Jugend ist um so notwendiger, als die reaktionären Parteien bestrebt sind, die Arbeiterjugend, durch allen möglichen militärischen Klimbim, für sich einzufangen. Ferner wird der Parteitag zu den im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen Stellung zu nehmen haben und die Richtlinien angeben, unter denen wir uns an den Wahlen beteiligen. Dem Parteitag liegt daher genügendes Material vor, um positive und nutzbringende Arbeit für die Partei leisten zu können.

Seit dem letzten Parteitag in Graudenz sind zwei arbeitsreiche Jahre ins Land gegangen. Die Mitgliederzahl stieg während dieser Zeit von 2594 auf 3768, die der Ortsvereine von 28 auf 38.

Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter vermehrte sich von 12 in 5 Orten auf 25 in 9 Orten. Unsere Reichstagswählerstimmen stiegen von 19925 auf 28265, also um 8340.

Das ist ein sehr erfreulicher Zuwachs. Er ist erzielt im harten Kampfe mit unseren Feinden. Nun heißt es, weiter vorwärts zu stürmen, neues Land zu erobern und die alten Positionen auszubauen und zu besetzen. Hier gibt es noch genug zu tun in Westpreußen. Beachern wir das Neuland mit Fleiß und Ausdauer, wenn der Boden auch noch so steinig ist. Um so größer wird die Freude sein, wenn die junge sozialistische Saat aufgehen und später reichliche Früchte tragen wird. Mögen die Delegierten ihren Teil dazu beitragen, daß dieses Ziel rasch erreicht wird.

Wir heißen die Delegierten der Partei in den Mauern der alten Stadt Danzig herzlich willkommen, in der Erwartung, daß die Arbeiten des Parteitages nicht nur Westpreußen, sondern der gesamten Partei Deutschlands zum Nutzen gereichen mögen. Und darum nochmals

herzlich willkommen!

Der außerordentliche Internat. Sozialistenkongress

der ursprünglich Ende Dezember stattfinden sollte, ist nun durch das Internationale sozialistische Bureau bereits auf den 24., 25. und 26. November

nach der Burghalle in Basel zusammenberufen worden. Der deutsche Parteivorstand hat mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart, daß der Kongress durch je vierzig Delegierte der Partei und der Gewerkschaften besetzt werden soll. Der Parteivorstand hat die auf die Partei entfallende Delegiertenzahl auf die Agitationsbezirke verteilt.

Da die Zeit bis zum Stattfinden des Kongresses sehr knapp ist, soll die Wahl der auf die Bezirke entfallenden Delegierten zum Kongress ausnahmsweise durch die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen erfolgen.

Das Kriegsgespinnst.

Die Herrschaft der Osmanen hat in Europa ihr Ende erreicht. Das einst so stolze Türkenreich liegt zerschmettert am Boden. Wenn auch die Waffen zur Stunde noch nicht ruhen und wenn die Türkei sich ihrer Haut auch noch wehrt, so ist es doch gewiß, daß dies nur noch die Zuckungen eines Sterbenden sind. Auf dem Balkan liegen die Dinge so, daß an ein Aufkommen der militärischen Macht der Türkei nicht mehr zu denken ist. Trotzdem weder Waffenstillstand noch Frieden auf dem Balkan herrscht, streiten sich die Sieger sowie auch die vorher gänzlich Unbeteiligten um den Raub. Die Territorialverhältnisse werden eine Umänderung erfahren, inwieweit dies geschieht, ist noch nicht abzusehen. Serbien beansprucht am Adriatischen Meere einen Seehafen zur Ausfuhr seiner Landesprodukte, da es bisher einen solchen wegen seiner geographischen Lage nicht inne hatte. Allen andern Balkanstaaten jedoch der Seeweg offen stand. Nun hat Oesterreich sofort Einspruch dagegen erhoben, daß Serbien an der Adria ein Länderstück eingeräumt werden solle. Es befürchtet, daß dadurch seine Machtbejugnisse, da es selbst dort nur einen schmalen Streifen Land besitzt, eingeschränkt werden könnten. Daß hinter dem Begehren Serbiens die russische Diplomatie steht, wird jedem Einseitigen einleuchten, trotz aller Abkennungen.

Es ist schon zu scharfen Auseinandersetzungen über diesen Punkt zwischen Oesterreich und Serbien gekommen, und die Kriegspartei in Oesterreich, an deren Spitze kein anderer als der österreichische Thronfolger steht, geht in unverantwortlicher Weise zum Kriege, wenngleich die offiziöse Presse Oesterreichs glauben zu machen sucht, daß die Absicht einer militärischen Offensive der österreichischen Diplomatie fernliege.

In Budapest, wo sich der österreichische Kaiser befindet, war unerwartet der Thronfolger Franz Ferdinand erschienen. Es hat dort mit den zahlreich anwesenden Generalen sowie mit dem Kriegsminister eine Konferenz unter Vorsitz des alten Kaisers stattgefunden, über deren Ergebnis die Welt vorläufig noch im Dunkeln gelassen wird. Fest steht nach den uns vorliegenden Nachrichten, in dem Augenblicke wo wir dies schreiben, daß Oesterreich die Mobilisationsordre für die Kriegsmarine ausgegeben und die Donauflotte mobilisiert hat. Auch haben inzwischen zahlreiche Reservisten die Einberufung erhalten, und wird für den 1. dieses Monats eine teilweise Mobilisation der Reservejahrgänge von 1902 zu erwarten sein. Es ist daher an diesem Gesichtspunkte mit der Friedensliebe Oesterreichs schlimm bestellt.

Unvergesslich, ja verbrechertisch handelt die deutsche reaktionäre Presse, wenn sie den durchsichtigen Schwindel der österreichischen Offiziere nicht aufdeckt und dem deutschen Volke die Augen öffnet. Durch die gewissenlose Handlungsweise der österreichischen Diplomatie wird Deutschland in ernste Gefahr verwickelt, indem durch die unfelige Dreibundakte Deutschland in Mitleidenschaft gezogen werden kann.

Ob Serbien an der Adria einen Ausfahrhafen besitzt, ist für den österreichischen Handel ganz unbedeutend und werden auch die Industriellen dieses Landes sich nicht darum in Belgradis setzen lassen. Deutschland hat aber dabei nicht das mindeste Interesse. Wenn Oesterreich versucht, das Interesse Deutschlands zu erwecken, so ist dieses Beginnen ein wahres Verbrechen, das nicht genug verurteilt werden kann.

Rur um die Machtbejugnisse einer auswärtigen Dynastie zu kämpfen, um den Großmachtstempel der Habsburger zu fördern, sollen die deutschen Söhne auf die Schlachtfelder geführt werden. Leider gibt es auch bei uns gewissenlose Elemente genug, die vor verbrecherischen Torheiten nicht zurückschrecken, die mit ungeheurer Leichtsin in die Hegetrompete stoßen. Glaubt man denn, daß die russische Diplomatie sich einen Augenblick besinnen würde, um einer derartigen Prostitution auszuweichen? Rußland überblickt mit Argusaugen die Maßnahmen der europäischen Diplomatie und wird sich in keinem Falle täuschen lassen. Die Stärkung der Machtbejugnisse Oesterreichs auf dem Balkan sind gleichbedeutend mit der Zurückdrängung der russischen Interessen. Denn daß bei Aufteilung der europäischen Türkei, Rußland die Hand auf Konstantinopel legen wird, ist so gewiß, wie nur etwas. Dieser fetten Bißchen wird sich Rußland nicht aus den Krallen reißen lassen, oder gar einem andern gönnen.

Ein unverzeihliche Torheit der deutschen Politik ist es, Oesterreich an seinem Beginnen nicht zu hindern, daß diese Gegenstände sich mit solcher Schärfe entwickeln konnten. Deutsches Gut und

Blut steht dabei auf dem Spiele. In dieser reaktionären Politik Oesterreichs, unterstützt von der schärzesten Jesuitenpartei dieses Landes, liegt für Europa und speziell für Deutschland eine unbeschreibbare Gefährdung des Weltfriedens.

Ruhe und Frieden brauchen die Völker Europas, um ihren wirtschaftlichen Interessen und der allgemeinen Volkswohlfahrt zu dienen.

Wie die Länderkarte auf dem Balkan zugeschnitten wird, ist für das deutsche Volk ganz nebensächlicher Natur und kann, wie schon hervorgehoben, nicht das mindeste Interesse in Deutschland wecken.

Das deutsche Volk will den Frieden und keine Einnischung in fremde Angelegenheiten.

Darum Hände weg von den Balkanvögeln, die uns nichts angehen und wir uns nur die Finger verbrennen könnten.

Für Deutschland gilt es, im Interesse seiner inneren Entwicklung und im Interesse des arbeitenden Volkes strikte Neutralität zu halten und den Beteiligten alles andere zu überlassen. In dem Diskurs mit allen Kriegshehnen. Hoch der Völkerverbundenheit.

Berurteilt.

Eine zerschmetternde Niederlage hat die reaktionäre Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses am letzten Freitag vor Gericht erlitten. Schon in dem Prozeß gegen unsere Abgeordneten Borchardt und Leinert hatte der Staatsanwalt eingesehen, daß bei einer Feststellung dessen, was wirklich geschehen ist, seine Sache sehr schlecht abschneiden mußte. Er hat deshalb auf Vernehmung seiner Zeugen verzichtet und ohne weiteres zugegeben, daß die Dinge sich so zugetragen haben, wie unsere Genossen sie erzählten. Auch Herr Dr. Borch, als Zeuge geladen, kann sich von einer gerichtlichen Erörterung des Tatbestandes keinen Vorteil für seine Freunde versprochen haben. Telegraphisch hat er, ihn in Ruhe zu lassen. Wenn trotz dieses Ergebnisses das Gericht zu einer Verurteilung gekommen ist, so wird man das wohl so erklären dürfen, daß es den Angeklagten Gelegenheit geben wollte, die höchste Instanz anzurufen. Freilich ist das eine in Preußen jedenfalls seltene Bescheidenheit. Aber wie soll man es sonst erklären, daß das Urteil in Widerspruch steht zu den eigenen Feststellungen des Gerichts?

Ist somit diese Sache noch in der Schwebe, so war der Verlauf ein ganz anderer bei dem „Affenkomödienprozeß“ gegen unsern Genossen Wachs von der Vorwärtsredaktion. Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 25. bis 27. April d. J., die dem Vorwärts Anlaß zu seinem Artikel gaben, waren ja nur ein Glied in der Kette der fortgesetzten Pronovationen, die schließlich zu der Explosion am 9. Mai führten. Und es gehört die ganze „Selbstsicherheit“ der preußischen Junfervertreter dazu, wegen ihrer eigenen Liebergriffe noch überdies die Hilfe des Gerichts in Anspruch zu nehmen. Die Herren, die die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilen, müssen blindlings davon überzeugt gewesen sein, daß die Justizbehörden ihnen zu Willen sein würden. Geriß eine erstaunliche Unterstellung! Aber sie ist bezeichnend für den Geist, der diese Herrschaften erfüllt. Nun hat das Gericht gesprochen. Und wie!

Was an jenem Freitag dem Gerichtshof aus den amtlichen stenographischen Verichten vorgelesen wurde, ist nur ein kleiner Teil der Ausströmungen, deren Schauplatz Monate, Jahre lang das Preußische Abgeordnetenhause gewesen ist. Und nicht einmal der schlimmste Teil! Es sei uns gestattet, hier noch ein paar Tatsachen anzuführen, die nicht zur Kenntnis des Gerichts gelangt sind. Am 19. März d. J. bei der Besprechung des Bergarbeiterstreites, sagte der Zentrumsabgeordnete Brust: der Genosse Leinert sei „gleichsam wie ein wilder Ober über das wohlbeltekte Ackerfeld gefahren“ und habe dort Verwüstungen angerichtet. Weiterhin sagte er dann wörtlich:

Es gehen auch starke Vermutungen bei uns um, die Führer des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes machten aus bestimmten Rücksichten hin und wieder einmal eine Lohnbewegung, sie ständen aufs engste mit den Börsejobbern in Verbindung und machten mal gern Baiffe, um die Aktien herunterzubrüden, die dann von gewissen Leuten angekauft und mit gutem Erfolge bei bald eintretender Steigerung wieder verkauft würden.“

Am 19. April sagte der bekannte konservative Herr Stroffer zu den anwesenden sozialdemokratischen Abgeordneten: „Sie erziehen oder wollen wenigstens die Arbeiter lediglich zur Gewissenlosigkeit erziehen.“ — Dies alles fand keine Zurückweisung noch Klage beim Präsidenten von Erffo der statt dessen fortgesetzt gegen unsere Genossen vorging. Die Sache wurde so trüb und unklar, ja gar der -- inzwischen leider verstorbenen -- nationalliberalen Abgeordnete Hasenbergs unsern Genossen Borchardt gegen den Präsidenten in Schutz nehmen mußte. Dies geschah am 21. März. Herr Hasenberg stand als Redner auf der Tribüne, Genosse Borchardt nicht weit von ihm, und nun heißt es im amtlichen Protokoll:

Präsident Führ. v. Erffia (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Borchardt, Sie stellen sich immer hierher dicht an die Tribüne und stören die Redner.

Abgeordneter Hasenberg: Es ist keine Störung, Herr Präsident!

Läßt es sich deutlicher zeigen, wie weit der von seinen reaktionären Freunden gedrückte Präsident in der Befolgung der Sozialdemokraten ging? — Daß die Konservativen keine Ruhe gegenüber den Sozialdemokraten halten wollten, beweist zum Ueberflus noch ein Vorkiss vom 23. Mai. Es war das jene wildbewegte Sitzung, in der die Konservativen und Nationalliberalen in rasendem Toben das Besitzfestigungsgesetz gegen das Zentrum und die Polen verteidigten, jene Sitzung, in der ein Minister durch Prüllen tatsächlich das Weiterreden unmöglich gemacht wurde, ohne daß der Präsident gewaltfam einschritt. Am Prüllen und Toben waren eben keine Sozialdemokraten, sondern nur höchst staatszerhaltende Herren beteiligt. Damals hat Genosse Borchardt den Herren einen Spiegel ihrer soeben betätigten „feinen Manieren“ vorgehalten und hinzugefügt, man könne daran sehen,

das niemand die Worte auf die Goldwaage legt, sobald ihm eine Sache wirklich im Herzen geht. Und dann fährt das amtliche Protokoll wörtlich fort:

Vorsitz: Abgeordneter (Soz.-Dem.): Aber meine Herren, lassen Sie denn nicht daran, daß unsere heiligsten Gefühle über jeden Tag beleidigt und verletzt werden? (Sehr wahr, bei den Sozialdemokraten, Laufen rechts.) Wenn Sie dann in Zukunft denken und uns dann dieselbe Erregung zu geben wollen, die Sie heute an den Tag gelegt haben, dann glaube ich, werden wir in Zukunft viel besser gegenseitig miteinander auskommen. (Sehr gut, bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Jagow (kons.): Niemals! Es ruft einer der Herren dort (rechts): Niemals! Das beweist also, daß die Herren von der Rechten, wenigstens der Herr Zwischenrufer, nicht den guten Willen hat, mit uns auszukommen. (Abg. v. Jagow: Nein, niemals!)
Diese Dinge und viele ähnliche sind, wie gesagt, nicht einmal zur Kenntnis des Gerichts gekommen. Und dennoch hat sogar der Staatsanwalt die Sache seiner Auftraggeber völlig fallen lassen. Schier ungütlich hat er es abgelehnt, in eine Erklärung über das tatsächliche Verhalten der Mehrheitsparteien überhaupt einzutreten. Ohne weiteres hat er zugegeben, daß der Angeklagte wohl Anlaß hatte, entrichtet zu sein. Und am Schluß sagte er sogar: alles, was in dem Artikel steht, dürfte gesagt werden, nur hätte es in anderer Form geschrieben müssen. Der Staatsanwalt beschränkt also nicht das, worauf es im Grunde einzig und allein ankommt: nämlich, daß die konservativen, freikonserativen, national-liberalen und Zentrumstendenzen sich in einer Weise benommen haben, die zu heftiger Entrüstung Anlaß gibt. Wir denken uns, wenn der Staatsanwalt sich für keine Sache Erfolg davon versprochen hätte, dann hätte er wohl den Versuch unternommen, in breiter Weise die sozialdemokratischen Behauptungen zu widerlegen. Aber er wußte von vornherein, daß dabei nichts für ihn zu gewinnen war. So versichtete er und klammerte sich an ganze drei Worte, die nach seiner Meinung in der Form des Rufs des Zulässigen überschritten.

Recht schlimmer aber hat das Gericht den wirklichen Stand der Sache mitgeteilt. Wie heißt es doch in der Urteilsbegründung, die wir bereits veröffentlicht haben?

„Das Ger. nimmt an, daß sich der Artikel lediglich gegen die Mehrheitsparteien richtet.“ Wie wird Ihnen, Herr O. das war ja gerade der Kernpunkt in dem Benehmen der Herren. Weil sie, die Vertreter einer kläglichen Minderheit, auf Grund des Geldwahlrechts im Parlament die Mehrheit bilden, nahmen sie für sich in Anspruch, „das Abgeordnetenhaus“ zu sein. Wenn sie gegen die Sozialdemokraten toben und schimpfen, dann bedauern sie, „das Abgeordnetenhaus“ könne mit den sechs Mann nicht auskommen. Wenn die sechs Mann, wie es in den Wald hineinkommt, dann schimpfen sie, „das Abgeordnetenhaus“ sei unzulänglich. Wenn in der Presse ihr Treiben beim rechten Namen genannt wurde, dann war „das Abgeordnetenhaus“ beleidigt. Und nun behaupten sie, das Ger. hätte die Mehrheitsparteien und nicht „lange nicht das Abgeordnetenhaus“, was die Mehrheitsparteien zur Ordnung mit, wendet sich noch lange nicht gegen das ganze Haus, fassen die Herren sich beleidigt, dann müssen sie für ihre eigenen Personen einen Strafantrag stellen. — Des aber wollen sie gerade nicht! Aug in Auge vor Gericht den Männern gegenüber stehen die sie angegriffen haben, persönlich dabei zu sein, wenn ihr Treiben vor aller Welt bloßgelegt wird, das ist nicht ihr Fall. Dazu, so glauben sie, hätten sie „ihre Leute“. Das Ger. hat ihnen die offenen, mühe auf alle Fälle ihre „Autorität“ lauten. Daß ihnen das gar nicht verfallen worden, daß das Ger. fürchterlich und weit von ihnen egerückt ist, das ist das erfreuliche Ergebnis dieses Prozesses.

Derstand.

Der Zentrumsbund, ordnete Oberlandesgerichtsrat Marx ein toller Mann?

Dieser Mann ist ein schwarzer Fanatiker par excellence, dem durch seine politische Tätigkeit einseitige Parteipolitik in gewisser Weise und, das ihm nachdem führende liberale, konservativ und Sozialdemokraten den Kernpunkt sozialistischer Umwälzung machen, ohne daß Marx auch nur versucht hätte, diesen Kernpunkt anders als durch heimliche Kritik in Zentrumskreisen zu belegen.

In seiner Rolle als Delegierter der Reichstagskommission, die sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Als die liberale Reichstagskommission die Reichstagskommission, die sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

Der Reichstag hat sich am 1. Oktober in einer Versammlung in Bonn und erst dann dem unter anderem, nach kürzlich habe ihm ein Schreiben aus der Reichstagskommission mitgeteilt, daß der Reichstag sich in der deutschen Verfassung, der wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsgesetzes, unabhängig gemacht habe.

lehen Schritte (die man nach Marx' Auffassung in der Zentrumspresse als gefahren unnehmbar mußte), werden „Erkundigungen“ durch einen Mittelsmann

Wer soll nach diesem Verhalten noch glauben, daß der Marx'schen Entzifferung überhaupt etwas Tatsächliches zu Grunde liegt? Das kann doch nur von einem schwarzen Fanatiker verlangt werden.

Der Düsselbacher Schuldegreßer erklärte denn auch in der Stadtverordnetenversammlung vom 5. November, daß die Stadtverwaltung die Antwort des Herrn Obergerichtsrats Marx nicht als befriedigend ansehen könne und sich weitere Schritte vorbehalten wolle.

Von den Zentrumstagsabgeordneten machte kein einziger den Versuch, den Parteichef herauszubauen, sie schwiegen allgemein.

Die liberale Düsselbacher Zeitung bemerkt zu dieser Affäre:

„Das Zentrum schwieg. Es überließ seinen „Chef“, den Mann, den es mit dem Jan Rehm geehrt hat, und den es doch so gut und besser kennt als wir, sich selbst und seinem Schicksal. In den Volkserwartungen wird es ihn trotzdem wieder herausbauen müssen. Für die Kreise aber, auf deren Urteil Herr Marx nach Erziehung und Stellung einigen Wert legt, ist der Düsselbacher Oberlandesgerichtsrat seit gestern ein toter Mann. Als wir vor Wochen darauf hinwiesen, wie wenig das Vorgehen dieses unheilvollen Fanatiklers und seine souveräne Geringschätzung der Wahrheit sich mit seiner Berufsstellung vertrüge, hatte der Herr für uns in einer Demonstration vor versammeltem Kriegssozial, die eine neue Fälschung enthielt, nur ein verächtliches Lächeln.“ Heute würde er, wenn er hier anwesend wäre, manden auch unter seinen „Freunden“ lächeln sehen. Es besteht Anlaß zu der Annahme, daß er einen immer größeren Teil seiner „hauptsächlichen“ Tätigkeit in Berlin oder auf Heisterden und nur einen unwesentlichen Teil in Düsseldorf widmen wird.“

Ob die Änderung des Statutes, daß die Berufstätigkeit des Herrn Marx eine Einschränkung erfahren werde, realen Untergrund hat, wird man ja bald erfahren. Daß aber Marx, wenn er noch so oft wahrheitswidrige Behauptungen ausstößt, ein „toter Mann“ sei, ist eine etwas fähne Behauptung. Im Gegenteil: Bei den Schwarzen wird er auf diese Weise ein „Kämpfer unserer heiligen Sache“, der unter donnerndem Beifall der Schächler immer weiter Voge als laute Wahrheit vorgetragen wird.

Schon wieder eine christliche Verleumdung gerichtlich festgestellt!

Der Geschäftsführer der Zweigstelle Lüdenscheid des Deutschen Bauarbeitersbundes, Genosse Ferdinand Schmidt, war gelegentlich einer Bauarbeiter-Ausstellung von den Christlichen Kreisen verleumdet worden. Der Christliche Arbeiter hatte behauptet, Genosse Schmidt habe deshalb eine Einigung herbeiführen wollen, weil er betrogen sei. Ein anderer Christlicher, Heide, hatte behauptet, daß Genosse Schmidt hinter dem Rücken des Christlichen Bauarbeitersbundes, mit dem zusammen der Kampf geführt wurde, einen Vertrag mit der Unternehmern abgeschlossen habe und ihn als einen Verräter bezeichnet. Genosse Schmidt strengte Privatklage an, über die das Hofgericht in Hagen i. B. verhandelte. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß die Behauptungen der beiden Christlichen unwahr waren und daß Genosse Schmidt völlig korrekt gehandelt hat. Das Urteil lautete gegen Wagner auf 6 Mark und gegen Heide auf 10 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. Ob die schwarze Presse, die heutzutage die Verleumdungen weiter verbreitet, jetzt wenigstens Anstand aufbringen und des bedauern wird?

Schlechte Aussichten für die Blauschwarzen.

Der Junter- und Zentrumspresse hat die Wiederwahl Kaempf zu einigen Beratungen Anlass gegeben, ob der Fortschrittler wieder zum Reichstagspräsidenten zu wählen sei. Natürlich kommt es zu dem Schluß, daß der Fortschritt kein Recht auf den ersten Reichstagspräsidenten hat. Ein Zentrumsmann wäre nach ihrer Ansicht die richtige Person für das Präsidium. Spekuliert wird dabei auf die Nationalliberalen, die nötig wären, um der blauschwarzen Sozialisten die Mehrheit zu verschaffen. Die Kölnische Zeitung wünscht die Fortschrittler zum Fall ab. Sie schreibt:

„Die der liberale Reichstagspräsident nicht wiedergewählt worden, dann können wir allerdings alle Möglichkeiten wieder geöffnet und die Liberale aus den ersten Tagen des jetzigen Reichstages wieder wiedergewählt. Eine eventuelle Nebenwirkung der Wiederwahl Kaempfs ist aber, daß die Gefahr eines neuen Durchganges der nationalliberalen Reichstagsfraktion in dieser Frage vermehrt ist, so glauben wir doch, daß an der Wiederwahl Kaempfs um so weniger zu zweifeln ist, als seine Mehrheit jetzt an einer Abgeordneten stehen ist als damals. Die Wahrscheinlichkeit spricht deshalb für die Wiederwahl Kaempfs zum ersten Reichstagspräsidenten, weil nicht bezweifelt. Es läßt sich kein Grund finden, der einen Zweifel in der Richtigkeit des ersten Reichstagspräsidenten rechtfertigt.“

Es wird also nur der Wahl eines Zentrumsmannes zum Reichstagspräsidenten die besten Aussichten zu sehen sein, wenn die liberale Reichstagskommission die Richtigkeit der nationalliberalen Reichstagskommission anerkennt und nicht niedergibt.

Die Verleumdung indirekter Sitten durch ein Zentrumsbuch.

Die Reichstagskommission bringt in ihrer Nummer vom 1. November einen Artikel über indirekte Kommunisten in Schlesien. Der Artikel an sich ist recht belanglos, interessant ist nur, daß in dem Buch die Verleumdung gemacht wird:

„Jahrelang Steuert werden in den meisten Fällen zu einer erheblichen Ungeheuerlichkeit.“

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichstagspräsident Kaempf hat am 14. und 15. Januar in Berlin gesprochen. Auf der 14. Sitzung hat er die Verleumdung der Reichstagskommission über die indirekten Kommunisten in Schlesien, die in dem Buch die Verleumdung gemacht wird, an den Tag gebracht und die Reichstagskommission die Richtigkeit der nationalliberalen Reichstagskommission anerkennt und nicht niedergibt.

Der Reichstagspräsident Kaempf hat am 14. und 15. Januar in Berlin gesprochen. Auf der 14. Sitzung hat er die Verleumdung der Reichstagskommission über die indirekten Kommunisten in Schlesien, die in dem Buch die Verleumdung gemacht wird, an den Tag gebracht und die Reichstagskommission die Richtigkeit der nationalliberalen Reichstagskommission anerkennt und nicht niedergibt.

Der Reichstagspräsident Kaempf hat am 14. und 15. Januar in Berlin gesprochen. Auf der 14. Sitzung hat er die Verleumdung der Reichstagskommission über die indirekten Kommunisten in Schlesien, die in dem Buch die Verleumdung gemacht wird, an den Tag gebracht und die Reichstagskommission die Richtigkeit der nationalliberalen Reichstagskommission anerkennt und nicht niedergibt.

Der spanische Ministerpräsident Canalejas ist am Dienstag den 12. November, von einem jüngeren Menschen durch vier Schüsse getötet worden. Der Attentäter soll der anarchistischen Partei angehören.

Ausland.

Schweiz.

Die schweizerische Sozialdemokratie gegen die Teuerung. Für den demnächst stattfindenden schweizerischen Parteitag in Neuchburg hat der Referent über die Lebensmittelkölle und Lebensmittelteuerung, Genosse Nationalrat Müller in Bern, folgende Thesen veröffentlicht:

Kommunale Maßnahmen. Zur Vinderung der Lebensmittelteuerung ist in denjenigen Gemeinden, wo bis jetzt keine oder nur ungenügende Vorkehrungen getroffen worden sind, durch die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindebehörden dahin zu wirken:

1. Daß die sofort möglichen Maßnahmen ungefähr in die Hand genommen werden, in erster Linie: a) der Ankauf von Lebensmitteln, die für den täglichen Bedarf unentbehrlich und deren Lagerung entweder für längere Zeit oder für die notwendige Zeit des Abfahres möglich erscheint, und Abgabe zum Selbstkostenpreise, an Arme unentgeltlich (Kartoffeln, Kohl, Rüben, Hülsenfrüchte, Teigwaren). b) Abgabe von Brennmaterial zu reduziertem Preise, alles in quantitativer Beschränkung zur Verhinderung spekulativer Ausnutzung. c) Möglichste Förderung der Schülerleistungen. d) Errichtung oder Subventionierung von Suppenanstalten. e) Teuerungszulagen.

2. Daß für die zukünftige Teuerungsbekämpfung namentlich folgende Fragen — eventuell mittels Einsetzung von Notstands- oder Studienkommissionen — näher geprüft werden: a) Erstellung von Gefrier- und Kühlanlagen, wo solche nicht schon in modernen Schlachthausbauten vorhanden sind, und gestützt darauf Organisation der Einfuhr und des Betriebes von überseeischem Gefrierfleisch, eventuell kommunale Organisation des Fleischverkaufs überhaupt. b) Organisation des Milchvertriebes. c) Organisation von Meeresmärkten, Einführung und Verteilung von Fleischkonventionen und in Verbindung mit gemeinnützigen Vereinen Organisation von Kochkursen. d) Anhandnahme statistischer Erhebungen über Lohnverhältnisse, Haushaltsbudget, Lebensmittel- und Marktpreise. e) Inhandnahme bezw. Weiterführung einer kräftigen, kommunalen Wohnungspolitik.

Lebensmittelkölle. Direkte Eingabe an den Bundesrat mit der Forderung, in Anwendung von Artikel 4 des Zollgesetzes vom 10. Oktober 1902 die Vieh- und Fleischkölle zu reduzieren, unter gleichzeitiger Ermächtigung an das Parteikomitee im Falle der Ablehnung dieser Forderung mit wirtschaftlichen Konsumantenorganisationen behufs Einleitung einer Volksinitiative auf Reduktion der Lebensmittelkölle in Verbindung zu treten.

Belgien.

Mehr Soldaten!

Brüssel. Die belgische Regierung plant eine Umgestaltung des Rekrutierungsgesetzes und damit eine Erhöhung des Effektivebestandes der Armee. Ueber die Ausgestaltung der Reformen sind offenbar im Ministerium Differenzen entstanden. Der Kriegsminister, General Michel, hat nämlich seine Demission gegeben, die der König angenommen haben soll. Der Ministerpräsident wird provisorisch das Kriegsministerium verwalten, doch dürfte eine Neuverteilung der Portefeuilles notwendig werden. Bei der Wiedereröffnung der Parlamentarischen Verhandlungen wird eine programmatische Erklärung des Ministeriums erwartet.

Großbritannien.

Eine Ueberrumpfung.

London. Die Regierung erlitt bei Beratung der Homerule Bill im Unterhaus eine unerwartete Niederlage, indem ein Änderungsantrag der Opposition in bezug auf den finanziellen Teil des Gesetzes mit 228 gegen 206 Stimmen angenommen wurde. Das Haus hat sich unter großer Aufregung vertagt.

Sofort nach Vertagung des Hauses wurde eine Kabinettsitzung einberufen. Die Niederlage der Regierung hat große Schwierigkeiten technischer Natur im Gefolge, da das Amendement die Wirkung haben kann, daß die finanziellen Bestimmungen der Homerule Bill ernstlich gestört werden, und da mancherlei Hindernisse einem Widerruf des Beschlusses durch das Haus im Wege stehen.

Die Regierung hat indes, was dem Zufallscharakter der oppositionellen Mehrheit entspricht, in einer abends veröffentlichten Kundgebung erklärt, daß sie nicht zurücktreten werde. Sie sagte, daß sie die Abstimmung nicht als eine Ansehe, die eine Aenderung des Programms herbeiführen werde. Die Regierung werde Schritte tun, um die wirkliche Meinung des Hauses über die abgelehnte Bestimmung zu erfahren, die in der Kommission mit einer Majorität von 121 Stimmen angenommen wurde.

Danzig.

Zeugen gesucht!

Die Nummer 55 vom 6. Juli enthielt eine kurze Danziger Lokalnotiz mit der Spitzmarie: Eine häßliche Szene. In den fraglichen Zeiten war die Verhaftung dreier Arbeiter geschildert, die am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Nähe der Städtischen Markthalle erfolgte. Unser Redakteur Schröder verfasste die Notiz auf Grund eigener Beobachtung und hat, nur die Tatsachen schildernd, denen er als Augenzeuge beizuhelfen, jede Kritik oder jede Schlussfolgerung vermieden. Trotzdem ist jetzt nach Monaten gegen ihn die Voruntersuchung wegen Beleidigung eines Schutzmannes eröffnet. Durch die Feststellung des Gewissen Schröder, „ein Schutzmann habe einen Arbeiter durch Pässe zu jäheltem Laufen angetrieben,“ will ein Schutzmann beleidigt sein. Der Vorgang hatte damals eine größere Menschenmenge angezogen, von der zweifellos auch andere als Schröder gesehen haben, daß der Beamte die jetzt von ihm bestrittene Handlung vollführte. Seitens der Polizei sind eine Anzahl Leute vernommen, die freilich nichts gesehen haben. Wir bitten unsere Leser, ganz besonders diejenigen, die in der Nähe des Domänenplatzes und der dortigen Polizeiwache wohnen, in ihren Bekanntenkreisen Nachfrage nach Augenzeugen jener Verhaftung zu halten und die betreffenden Adressen an die Redaktion der Volksrecht anzugeben.

Die Redaktion.

Zur Abwehr.

Der Danziger Gewerbeberichtswahlkampf zwischen Freie Gewerkschaften und Christliche Gewerkschaften gibt dem Westpreussischen Volksblatt willkommenen Anlaß, über mich in einer beleidigenden, persönlich gebäuglichen Weise herzufallen, wie es nur fromme Zentrumschriften in Danzig fertig bringen können. In der Nummer 263 des besagten Blattes werden einige Stellen aus einer Flugschrift, entstellt und aus dem Zusammenhang herausgerissen, wiedergegeben, die etwa zehn Jahre alt ist und in einer Zeit geschrieben wurde, wo die Kämpfe der beiden in Berlin vorhandenen gewesenen Maurerorganisationen (zentral und lokal) ihren Höhepunkt erreicht hatten. Ich habe mich zur Antwort auf diese neueste Gemeinheit des Westpreussischen Volksblattes nur deshalb entschlossen, weil es meine Stellung als Parteisekretär gegen die Freien Gewerkschaften auszunutzen versucht, die Sache selbst so scheußlich entstellt wiedergibt und mir Gefinnungswechsel vorwirft.

Im Interesse der Wahrheit sei folgendes festgestellt: 1899 wurde in Berlin nach hartem Kampfe der erste Tarifvertrag zwischen den beiden Maurerorganisationen und den Unternehmern abgeschlossen. Bei einer späteren Erneuerung derselben lehnte die lokale Organisation den Tarif ab, während er von der Zentralorganisation angenommen wurde. Hieraus entwickelten sich Meinungsverschiedenheiten über den Wert dieses Vertrages in beiden Lagern. Während die zentrale Organisation bemüht war, ihrem Vertrag überall Geltung zu verschaffen, glaubte die Lokalorganisation das Recht zu haben, Streiks und Sperren selbständig zu verhängen. Hierbei kam es allerdings vor, daß in einigen Fällen von den „Lokalisten“ gesperrte Bauten von der damaligen Verbandsleitung mit ihren Mitgliedern besetzt wurden, um zu verhüten, daß der Tarif in die Brüche gehe.

Lebrigens ist das ein Vorgang, der heute sehr häufig von den christlichen Organisationen geübt wird gegenüber den Zentralorganisationen. In Königsberg hat Herr Schonekäs in Dufenden von Fällen so gehandelt.

Die Lokalisten bekämpften diese Vorkommnisse, wo sie in die Erscheinung traten, auf das heftigste. Und so ist die schon 2-mal von der „christlichen Baugewerkschaft“ zitierte Broschüre entstanden. Sie behandelt, wie man sieht, nur einen konkreten Fall, der in Berlin sich seinerzeit abgespielt hat, und darf auf keinen Fall verallgemeinert oder gar auf Danziger Verhältnisse angewendet werden. Gegen ein derartiges Vorgehen von der Zentrumsseite aus werde ich die mir notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen wissen, daß können die christlichen Herren im Zentrumslager sich hiermit gesagt lassen.

Ein Gefinnungswechsel meiner Person ist mir nicht bekannt. Ich gehöre seit 1893 der Sozialdemokratischen Partei ununterbrochen als Mitglied an. Meine alte Gewerkschaft hat sich in Korporation dem Verbands angegeschlossen, wie es vorher andere Gewerkschaften auch getan haben und auch noch tun werden, ohne das man daraus mit Recht irgend jemandem einen Vorwurf machen könnte. Wäre das der Fall, oder würden die Christen diesen Standpunkt verwerfen, dann müßten sie sich selber ohrfeigen für das, was sie bisher schon nach dieser Richtung hin geleistet haben.

Daß ich persönlich auch im Verbands an hervorragender Stelle die Interessen meiner Berufskollegen wahrnahm, ist richtig. Daraus kann mir aber nur ein verlogenes christliches — Him einen Vorwurf machen. Ein Gefinnungswechsel liegt auf keinen Fall vor. Ich bin heute wie ehemals Sozialdemokrat und habe meine Gefinnung auch im Maurerverbands nicht verleugnen brauchen, das beweist gerade meine Kandidatur in Danzig-Land.

Ich weise hiermit alle vom Westpreussischen Volksblatt und dem Flugschriftschreiber mir gemachten Vorwürfe entschieden zurück, wenn ich auch nicht erwarte, daß man auf jener Seite nunmehr die Wahrheit respektieren wird.

Julius Gehl.

Biehzählung in Deutschland.

Am 2. Dezember 1912 findet im Deutschen Reich eine allgemeine Biehzählung statt; die Fragen, die hierbei an die Bevölkerung gestellt werden, sind leicht verständlich, ihre Beantwortung verursacht nur geringe Mühe.

Es werden gezählt:
auf einer weißen Zählkarte (A): die Pferde, Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen mit ihren Unterarten, ferner die Maultiere, Kaulefjel und Esel, das Federvieh und die Bienenstöcke; auf einer blauen Zählkarte (B 1): alle amtlich nicht beschaute Schlachtungen der Rinder mit Unterarten, der Schafe, Schweine und Ziegen.

Jeder Haushaltungsvorsteher oder sein Stellvertreter hat das ihm gehörende oder unter seiner Obhut befindliche Vieh, das in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember 1912 auf dem Gehöfte, wo er wohnt, steht, zu zählen und in die weiße Zählkarte, unter Beachtung der Erläuterungen, wahrheitsgetreu einzutragen. Für die Zählung der in der Zeit vom 1. Dezember 1911 bis zum 30. November 1912 vorgenommenen amtlich nicht beschaute Schlachtungen dient die blaue Zählkarte (B 1).

Ueber die in den Zählkarten enthaltenen, den Viehbesitz des Einzelnen betreffenden Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Die Angaben dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten nicht aber zu anderen Zwecken, insbesondere auch nicht zu Steuerzwecken, benutzt werden.

Die Ergebnisse der Biehzählung dienen daher lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben, wie Forderung der Viehzucht, insbesondere soll aber auch festgesetzt werden, ob durch die heimische Viehzucht die für die Volksernährung nötigen Fleischmengen gewonnen werden können. Nach Feststellung der Ergebnisse durch das königliche Statistische Landesamt in Berlin werden die Zählkarten vernichtet.

Die Erreichung des bedeutenden Zweckes der Zählung hängt zum großen Teile von der Mithilfe der Bevölkerung ab. An diese wird daher die dringende Bitte gerichtet, das Zählgeschäft durch bereitwilliges Entgegenkommen den Zählern, Ortsbehörden usw. gegenüber zu erleichtern. Wenn auch die Zählkarte in erster Linie von dem Haushaltungsvorsteher oder dessen Stellvertreter selbst auszufüllen ist, so bedarf es doch außerdem einer großen Zahl freiwilliger Helfer, die bei der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit die Eigenschaften von öffentlichen Beamten besitzen. Es steht zu erwarten, daß wie bei früheren Zählungen so auch diesmal sich in genügender Zahl Personen finden werden, die bereit sind, dieses Ehrenamt zu übernehmen; sie würden damit dem allgemeinen öffentlichen Interesse einen wesentlichen Dienst leisten.

Endlich ist noch in geeigneter Weise, namentlich durch Besprechung in den Gemeindeversammlungen, in den Schulen und durch Abdruck dieser Ansprache in den amtlichen Blättern und in der Tagespresse der Zweck der bevorstehenden Zählung zur möglichst allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Die Aufbereitung der Ergebnisse der Zählung geschieht durch das königliche Preussische Statistische Landesamt in Berlin SW 68, Lindenstraße 28, das zur Behebung etwa auftauchender Zweifel auf jede Anfrage bereitwilligst Auskunft erteilen wird.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse wird so gehalten werden, daß darin die Angaben des einzelnen Haushaltungsvorstehers in keinem Falle mehr erkennbar sind.

Strafbarer Verkauf und Verarbeitung untauglichen Fleisches.

Das Landgericht Danzig hat am 11. Juni dieses Jahres den Bäcker Theophil Rapp und den Fleischer Schwoch in St. wegen Vergehens gegen Paragraph 12 des Nahrungsmittelgesetzes sowie auch des Paragraphen 9 Absatz 2 des Fleischbeschaugesetzes zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. R. hatte im Februar dieses Jahres eine Kuh geschlachtet. Der Fleischbeschauer stellte bei der am 21. Februar vorgenommenen Untersuchung fest, daß die Kuh tuberkulös war, und erklärte deshalb das Fleisch als untauglich zum Genuß für Menschen. Er ordnete deshalb an, daß das Fleisch liegen bleiben sollte. Der hinzugezogene Kreisarzt beanstandete das Fleisch aus denselben Gründen und machte als Kennzeichen des Ergebnisses der Untersuchung einen dreieckigen Stempel auf das Fleisch, indem er R. gleichzeitig sagte, daß er das Fleisch wegen seiner Untauglichkeit nicht verkaufen dürfe. Troßdem telephonierte R. bald darauf Sch. an und fragte diesen, ob er das Fleisch kaufen wolle, was dieser bejahte. So erwarb Sch. die Kuh, verwandte das Fleisch zur Wurstfabrikation und verkaufte die Wurst an den Fleischer St. in Sch. Das Gericht hat als erwiesen angesehen, daß beide Angeklagten wissentlich Fleisch, dessen Untauglichkeit sich bei der Untersuchung ergeben hatte, als Nahrungs- oder Genussmittel für Menschen in Verkehr gebracht haben, entgegen den bereits angeführten Gesetzesbestimmungen.

Gegen das Urteil hatten beide Angeklagten Revision eingelegt. R. behauptete, es sei nicht erwiesen, daß er wissentlich dem Besch. zuwidergehandelt habe. Denn seine Einrede, er habe den Tierarzt nicht verstanden und die Bedeutung des dreieckigen Stempels nicht gekannt, sei durch nichts widerlegt. Außerdem hätte die Polizeibehörde ihm die Untauglichkeit des Fleisches mitteilen und für Vernichtung desselben sorgen müssen. Sch. machte hauptsächlich geltend, daß durch Nichtbernehmung des Telefonbeamten auf dem Fernsprechtisch, er nicht in der Lage gewesen sei zu beweisen, daß R. ihm bei dem telephonischen Gespräch gesagt habe, daß das Fleisch für tauglich befunden worden sei. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revisionen beider Angeklagten.

Pflicht zur Zahlung von Zeugengebühren.

In einem originellen Schadenersatzprozeß, den der Monteur J. in Berlin gegen den preussischen Staatsfiskus führt, hat jetzt auch das Reichsgericht zu entscheiden gehabt. J. war im Oktober 1910 in einem Prozeß mit der Frau eines Gastwirts H. in Berlin verwickelt. Zu dieser Zeit wohnte J. in Berlin. Er ließ sich in dem Prozeß vertreten. Am 28. Oktober ordnete das Gericht die Ladung des J. als Partei an. In der Gerichtsschreiberei vergriff man sich in den Formularen und sandte an J. eine Zeugenladung ab, die mit Felddruck für den Fall des Nichterscheinens eine Geldstrafe bis zu 300 Mark oder entsprechende Haft ankündigte. J. war dann infolge eines Streiks nach Leipzig verzogen, wo er als Arbeitswilliger wirkte. Die Zeugenladung, die sein Erscheinen in Berlin auf den 9. November anordnete, war erst am 8. November in Leipzig in seine Hände gekommen, weil J. seiner Frau erst am 7. November die Adresse für die Leipziger Wohnung mitgeteilt hatte. Als J. die Ladung und die angedrohte Strafe las, packte er schleunigst seine Sachen und fuhr nach Berlin. Hier stellte sich der Irrtum heraus. Die Folge war, daß J. nunmehr gegen den preussischen Fiskus Klage erhob, weil dieser die Zeugengebühr (Reisekosten und Verdienstentgang) in Höhe von 16 Mark nicht zahlen wollte. Der Fiskus meint, der Kläger hätte den Irrtum bemerken und wissen müssen, daß er als Partei auch kommissarisch in Leipzig vernommen werden konnte. Er sei auch selbst schuld daran, weil er den Wechsel seiner Wohnung dem Gericht nicht angezeigt habe.

Jetzt hat das Reichsgericht in Übereinstimmung mit dem Kammergericht dem Monteur die Zeugengebühren zuerkannt. (Urteil vom 8. November 1912.)

Wie ein Stadtverordnetenmandat verloren geht.

Eine wichtige Entscheidung, den Verlust des Bürgerrechts und eines Stadtverordnetenmandats betreffend, hat das Oberverwaltungsgericht gefällt. Der Stadtverordnete Grumbach in Osterode hatte im ersten Vierteljahr 1911 seine Steuern bis zum 6. März noch nicht bezahlt, und der Versuch einer Zwangseinzahlung an diesem Tage blieb erfolglos. Der Magistrat nahm darauf an, Grumbach habe im Hinblick auf die Bestimmungen der Städteordnung sein Bürgerrecht und seine Wahl zum Stadtverordneten verloren. Der Stadtverordnetenvorsteher strich am 10. März 1911 Grumbach aus der Liste der Stadtverordneten. Am nächsten Tage bezahlte Grumbach seine Steuer. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, daß Grumbach sein Mandat nicht verloren habe und sein Bürgerrecht weiter bestehe. Der Magistrat faßte diesen Beschluß als gescheitert an. Der Bezirksauschuß erkannte in demselben Sinne. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Nach der Städteordnung erwirbt das Bürgerrecht von selbst jeder selbständige Preusse, der gewisse andere Voraussetzungen erfüllt und seit einem Jahre die ihn betreffenden Gemeindegaben bezahlt habe. Das Bürgerrecht geht verloren, sobald eines der Erfordernisse nicht mehr vorliegt. Der Verlust tritt von selbst ein. Da nun erforderlich ist, daß seit einem Jahr die Steuern bezahlt sind, ist das Bürgerrecht verloren, sobald in einem Augenblicke die Steuern nicht mehr als bezahlt angesehen werden können. Damit geht auch das Stadtverordnetenmandat verloren. Unter allen Umständen müssen die Steuern dann als nicht bezahlt gelten, wenn sie trotz verfruchteter Zwangsbetreibung nicht gezahlt sind. Solche Betreibung ist hier versucht worden, ohne zum Ziele zu führen, und zwar am 6. März. Also hat Grumbach spätestens in diesem Augenblicke sein Bürgerrecht und sein Stadtverordnetenmandat verloren.

Ein Rowdy.

Eine blutige Szene spielte sich am 7. dieses Monats im Gerichtsgenäude ab. Vor das Schöffengericht wurde der öfters bestrafte Arbeiter Otto Streng aus Schidlitz vorgeführt, weil er auf Ladung nicht erschienen war. Streng ist einer der bekanntesten Messerstecher. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Beleidigung zu drei Wochen Gefängnis. Außerdem erhielt er noch wegen grober Ungebühr vor Gericht eine Strafe, weshalb er sofort abgeführt werden sollte. Aus dem Anklageraum führt ein befonderer Gang zwei Treppen hinunter nach der Vorführungszelle. Als der den Rowdy abführende Gerichtsdiener Lehmann die Zellentür abschließen wollte, zog der Mann schnell ein Messer und versetzte dem Beamten zwei tiefe Stiche in den Rücken und einen in den Kopf, der die Schädeldedeckle verletzte. Als Lehmann sich umwandte, um seinen Säbel zu ziehen, erhielt er, während er um Hilfe rief, weitere

Stiche ins Gesicht, in die Brust und die Arme, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Die Hilferufe wurden im Gerichtssaal gehört, und der Schutzmann Kopowski eilte mit gezogenem Säbel durch den Gang, erhielt aber im Augenblicke von dem Rowdy drei Messerstiche und konnte nur einen Säbelstich nach Streng führen. Dieser stürzte mit dem offenen Messer in den Gerichtssaal. Von da gelangte er, da der diensttunende und bewaffnete Portier augenblicklich nicht anwesend war, ins Freie. Den schwerverletzten Gerichtsdiener brachte man ins gegenüberliegende Diakonissenhaus. Der Schutzmann konnte in seine Wohnung gebracht werden. Der Attentäter wurde abends in seiner Wohnung von Kriminalbeamten verhaftet. Er erklärte, er wisse von gar nichts.

Erbauung des Krematoriums.

Der Plan zur Errichtung eines Krematoriums an der Großen Allee hat bereits vorläufig zur Anbringung etwaiger Einwendungen seitens der Interessenten ausgelegt. Es sind Einwendungen von Anliegern und natürlich auch von katholisch-kirchlicher Seite erhoben worden. Ueber diese Einwendungen wurde heute vormittag im Rathaus in einem besonderen, nicht öffentlichen Termin, verhandelt. Die Einwendungen von katholisch-kirchlicher Seite betreffen nur allgemeine Gesichtspunkte, die wohl durch den Befehlgeber beantwortet sein dürften.

Danziger Aktien-Bierbrauerei.

Am Sonnabend trat unter Vorsitz des Herrn Konsul Meyer der Aufsichtsrat der Danziger Aktien-Bierbrauerei zusammen und beschloß, der am 3. nächsten Monats stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent, wie in den Vorjahren, in Vorschlag zu bringen. Abschreibungen sind in erhöhtem Maße vorgenommen.

Pfarrer Jatho in Danzig.

Nach uns zugegangenen Mitteilungen soll der gemahregelte Pfarrer Jatho Ende November nach hier kommen und einen öffentlichen Vortrag halten.

Bewerkschaftsbewegung.

Metallarbeiter.

Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	3. Quartal 1912	3. Quartal 1911	Zu- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verband	533 400	513 092	+ 9692
Schmiedeverband	18 445	18 034	+ 411
Kupfer- und Schmiedeverband	5 144	5 247	+ 103
Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Sitz-Dunker)	44 940	4 381	— 556
„Christlicher“ Metallarbeiter-Verband	43 093	41 806	— 1287

Der Schmiedeverband wird in dieser Zusammenstellung zum letztenmal aufgeführt; in unserer nächsten Zusammenstellung werden die Mitglieder dieser Gewerkschaft indessen als Mitglieder unseres Verbandes wiederzuersehen. Das Liebeswerben der verschiedenen auch-Metallarbeiterorganisationen ist im großen und ganzen vergebens gewesen. Im übrigen sehen wir daselbe Bild wie am Schlusse des zweiten Quartals (siehe Metallarbeiterzeitung Nr. 32, Seite 259). Seit einem halben Jahre haben nunmehr die gegnerischen Organisationen Abnahmen zu verzeichnen. Besonders ist dies beim christlichen Verbands der Fall, wo der Verlust 2606 Mitglieder beträgt, eine Einbuße, die für eine Organisation mit reichlich 40 000 Mitgliedern schon empfindlich genug ist. Wir haben ja schon erlebt, daß stellenweise die Unternehmer unter den Arbeitern für den Eintritt in den „christlichen“ Verband agitierten. Vielleicht sehen sich die Herren jetzt veranlaßt, sich zu diesem löblichen Zweck aufs neue ins Zeug zu legen.

Abschluß der Lübecker Lohnbewegung der Seeleute.

Die erfolgreiche Lohnbewegung der Lübecker Seeleute ist in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung der Seeloten Seeleute offiziell zum Abschluß gebracht worden. Nach Rekapitulation der ganzen Lohnbewegung und Bekanntgabe der zwischen dem Reedereiverein und unserer Leitung gepflogenen Korrespondenz wurde nach einer kurzen Diskussion die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Lokale des Herrn Siemens tagende Versammlung der Seeleute Lübecks nimmt Kenntnis von dem Verlauf der Lohnbewegung. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die seitens des Reedereivereins gemachten Zugeständnisse betr. der Erhöhung der Monatsheuer von 65 auf 68 Mark und der Aufschlag von 40 auf 50 Pfennig für die Ueberstunden in transatlantischer Fahrt, nicht den gegebenen Verhältnissen genügen, Bedauerlich ist, daß vom Reedereiverein auch den lokalen Wünschen der Seeleute keine Rechnung getragen ist.“

Die Versammlung erklärt aber, die Zugeständnisse gegenwärtig akzeptieren zu wollen, indem sie erwartet, daß Verbesserungen durch Verhandlungen mit dem Reedereiverein später noch zu erreichen sein werden.“

Um dieses Ziel erreichen zu können, werden unsere Lübecker Kollegen nach wie vor die Organisation stärken haben.

Achten Sie darauf,

daß Sie

passende Stiefel kaufen!

Wir bringen moderne Formen in allen Preislagen.

Sutisende Schuhe und Stiefel nach der Form des Fußes gearbeitet, sind für Kinder und Erwachsene ein Bedürfnis.

Damen-Stiefel 4⁹⁰ 5²⁵ 5⁵⁰ 6⁷⁵
und teurer.

Herren-Stiefel 4⁵⁰ 6⁷⁵ 7⁵⁰ 8⁰⁰
und teurer.

Kinder-Stiefel 1²⁵ 1⁷⁵ 2¹⁵ 2⁷⁵
und teurer.

Schaft- und Reit-Stiefel
in jeder Ausführung und Preislage.

Großes Lager in Winterschuhwaren.

Stiefelkönig

G. m. b. H.

Breitgasse No. 120.



1. Beilage zur Volkswacht

Nr. 93.

Danzig, den 16. November 1912.

3. Jahrgang.

Parteitag für Westpreußen.

An alle Teilnehmer des Westpreußischen Parteitages.

Alle Teilnehmer des Parteitages werden hiermit dringend ersucht, ihre Parteibücher mitzubringen und sich damit zu legitimieren. Ohne dasselbe kann der Zutritt in der Zeit von 10 bis 11 1/2 Uhr vorrätig nicht gestattet werden.

Der Provinzvorstand

Tagesordnung:

1. Bericht des Provinzvorstandes.
Referent Genosse Julius Gehl.
2. Die Presse.
Referent Genosse Fookon.
3. Bildungsbestrebungen und Jugendbewegung.
Referent Genosse H. Müller - Berlin.
4. Die preußischen Landtagswahlen 1913.
Referent Landtagsabgeordneter Reinert.
5. Anträge.

Antrag zur Presse.

Die Volkswacht ist Eigentum des Sozialdemokratischen Provinzverbandes für Westpreußen.

Zur Leitung des Unternehmens ist eine „offene Handelsgesellschaft“ gegründet.

Am Erscheinungsort der Volkswacht wird eine aus 7 Personen bestehende Preschkommission eingesetzt.

In die Preschkommission delegieren je einen Vertreter die Wahlkreisorganisationen Elbing-Marienburg und Danzig-Land. Vier Vertreter stellt der Verein Danzig-Stadt. Der Provinzvorstand wird durch seinen Parteisekretär vertreten.

Die Wahl der Mitglieder der Preschkommission erfolgt in den betreffenden Wahlkreisorganisationen.

Die Preschkommission konstituiert sich selbst und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie ist dem Provinzialparteitag für alle ihre Handlungen verantwortlich und dort verpflichtet, über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten.

Aufgabe der Preschkommission ist es: 1. Das gesamte Unternehmen zu überwachen und nach Möglichkeit zu fördern. 2. Die erforderlichen Personen anzustellen und zu entlassen. 3. Vierteljährliche Abrechnungen aufzustellen und Beschwerden über die Expedition und Redaktion entgegen zu nehmen und zu erledigen.

Zur Erleichterung der Handhabung der laufenden Geschäfte wird aus der Preschkommission ein Ausschuss von drei Personen gebildet, der aus dem Vorsitzenden, Schriftführer und Parteisekretär besteht.

Mindestens am Quartalschluss sind sämtliche Mitglieder der Preschkommission zu einer Sitzung zu berufen. Dasselbe muß geschehen, wenn es sich um Änderungen des Unternehmens, sowie um Reuanstellungen oder Entlassungen der bei der Volkswacht beschäftigten Personen handelt.

Beschwerden sind an die Preschkommission zu richten. Als Berufungsinstanz gilt der Provinzvorstand.

Der Provinzvorstand.

Der Parteitag verpflichtet die organisierten männlichen Genossen, in jedem Vierteljahr mindestens eine Preschkontributionsmarke von 10 Pfennig zu kleben. Der Vertrieb der Marken wird den Wahlkreisorganisationen übertragen. Die Abrechnung muß mit der regelmäßigen Abrechnung an den Parteisekretär erfolgen.

Der Provinzvorstand.

Danzig-Land. Ohra.

Die Volkswacht soll in Zukunft täglich erscheinen. Den Parteimitgliedern wird es zur Pflicht gemacht, für die weiteste Ausbreitung des Parteiblattes zu sorgen.

Thorn-Culm-Briefen.

Die Volkswacht ist in eine Tageszeitung umzuwandeln.

Elbing.

a) In die Preschkommission ist ein Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu Elbing zu delegieren, und muß dieser Delegierte zu jeder Sitzung der Preschkommission eingeladen werden. Die Kosten trägt der Verlag.

b) In jedem Winterhalbjahr ist mindestens dreimal für Elbing-Marienburg eine Agitationsnummer der Volkswacht herauszugeben, die auf diesen Kreis zugeschnitten ist. Zur Mitarbeit an dieser Nummer wird Elbing verpflichtet.

Bildungsbestrebungen.

In allen Wahlkreisen, wo gewerkschaftliche und politische Organisationen bestehen, wird ein Bildungsausschuss gebildet, welcher je zur Hälfte aus den beiden Korporationen gebildet wird.

Die Finanzierung der Bildungsausschüsse geschieht durch die örtlichen Organisationen. Die Aufgabe der Bildungsausschüsse liegt in dem Rahmen, den der Zentralbildungsausschuss in seinen Ratschlägen niedergelegt hat.

Um den Zusammenhang der einzelnen Ausschüsse in der Provinz Westpreußen zu fördern und um größere Veranstaltungen zur Durchführung zu bringen, wird der Bildungsausschuss in Danzig als Vorort bestimmt und mit der Durchführung der Maßnahmen beauftragt.

Der Provinzvorstand.

Proletarische Jugendbewegung.

Der Parteitag beschließt:

1. innerhalb der Organisation durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß alle organisierten Arbeiter ihre schulpflichtigen Kinder der Arbeiterjugend zuführen, daß
2. möglichst in jedem Haushalte, wo Kinder sind, die Arbeiterjugend gehalten wird, daß
3. mindestens vierteljährlich berufliche Zusammenkünfte für Jugendliche stattfinden, daß
4. in den Versammlungen die Bedeutung der Jugendbewegung ernsthaft erörtert wird, daß
5. für die Veranstaltungen des Jugendauschusses eifrige Propaganda getrieben wird.

Der Jugendauschuss in Danzig soll als westpreußischer Bezirksauschuss fungieren.

Der Provinzvorstand.

Danzig-Land. Ohra.

An allen Orten, wo Organisationen bestehen, sind Ausschüsse zu bilden, die die Jugendbewegung zu fördern haben.

Landtagswahl.

Thorn-Culm-Briefen.

Der Parteitag möge beschließen, daß bei der Landtagswahl 1913 alle in Betracht kommenden Wahlkreisorganisationen sich an der Wahl zu beteiligen haben.

Frauenorganisation.

Der Parteitag verpflichtet die organisierten Arbeiter, die proletarische Frauenbewegung zu fördern und zu unterstützen. Als Mittel dazu empfiehlt er:

1. In erster Linie von den Genossinnen Hausagitationen. Zuerst bei den Frauen, deren Männer schon politisch organisiert sind, vorzunehmen, um sie für den Anschluß an die sozialdemokratischen Vereine zu gewinnen.
2. Für die Schulung der Frauen in der modernen Arbeiterbewegung Sorge zu tragen, und zwar in der Weise, daß dort, wo befähigte Personen vorhanden sind, die Ausbildung der Frauen übernommen und Lesende separat für die Genossinnen eingerichtet werden.

Der Parteitag erkennt an, daß von der Ausführung dieser Vorschläge sämtliche Teile der modernen Arbeiterbewegung Nutzen haben werden.

Der Provinzvorstand.

Maisfons.

Zur Stärkung des Maisfons empfiehlt der Parteitag die Herausgabe von Maisfonsmarken im Werte von 30 Pfennig an die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Westpreußen. Die Entnahme einer Marke in jedem Jahre wird jedem politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossen zur Pflicht gemacht. Von dem Erlös der Marke haben die Organisationen je 25 Pfennig an den Maisfons abzuliefern.

Die Ausführung dieses Beschlusses wird dem Provinzvorstand und dem Provinzial-Gewerkschaftssekretariat in Elbing übertragen.

Der Provinzvorstand.

Antrag von Elbing.

Zum Organisationsstatut des Provinzverbandes.

Der Paragraph 4 erhält folgende Fassung:

Die Geschäfte des Verbandes bejagt der Provinzvorstand, der aus 7 Parteigenossen, darunter mindestens 1 Genossin, und dem Parteisekretär für Westpreußen besteht.

Nach jedem Provinzialparteitag wird der Provinzvorstand neu gewählt, und besteht aus 4 Genossen von Danzig-Stadt, 1 Genossen aus Danzig-Land, 1 Genossen von Elbing-Marienburg. Die Wahlen werden von den zuständigen Parteiorganisationen vollzogen.

Wahlkreis Schwetz.

Der Provinzvorstand wird ersucht, uns mehr in der Agitation zu unterstützen, hauptsächlich in Schwetz und Neuenburg.

Ein gutes

Weihnachts-Geschäft

ist

Ihnen sicher, wenn Sie schon jetzt und bis zum Feste dem kaufenden Publikum Ihre Waren und Artikel in empfehlende Erinnerung bringen. Benützen Sie hierzu die **Volkswacht**. Die Volkswacht ist das offizielle Organ der rund 20 000 Mitglieder zählenden Freien Gewerkschaften Westpreußens und wird daher fast in jeder Arbeiterfamilie gelesen. Sie werden finden, daß Sie Ihr Geld für Inserate nicht « « «

vollständig unnützlich

ausgegeben haben. In der Volkswacht kommt Ihr Inserat Tausenden von Personen zu Gesicht, die andernfalls Ihr Geschäft unbeachtet gelassen hätten « « « « « «

Danzig.

Schwarze Banden-Moral.

Die Zentrumschwarzen arbeiten gewiß nach einem Patent, um das moralische Ansehen des Christentums mit Stumpf und Stiel auszurotten. Anders ist auch ihre abgrundtiefe niedrige Agitation zur Gewerbeprüfung gar nicht zu begreifen. Wir hatten durchaus recht, als wir die Vermutung aussprachen, daß die Schwarzen ihre düstern Rubei erst kurz vor der Wahl, um der rechtzeitigen Entlarvung zu entgehen, leeren würden. In Flugblättern und im Westpreußischen Volksblatt, dem Organ für proletarische Volkswirtschaft und proletarische Arbeiterbewegung, feiert die zentrumliche Wahrschamkeit wahre Orgien. Es ist noch nicht lange her, da schrieb ein Redakteur des zentrumlichen Volksfreund in Nachen sich seine Empörung über die jesuitische Zeitungsmache in einem Brief an unsere Rheinische Zeitung vom Herzen. Darin erklärte er:

„Noch kein Ehrlicher hats länger als zwei Jahre am Volksfreund ausgehalten. Bei mir hasten noch die täglich sich häufenden Eindrücke des Geistes der Lüge und Heuchelei, unter dessen jermalmender Wucht alle Ideale, alle Hoffnungen... von vornherein schmählich zerrissen werden.“

In diesem Nachener Zentrumsblatt war auch Künemund, der Hauptredakteur des Westpreußischen Volksblatt, tätig, ehe er nach Danzig kam, und er hat dort viel länger als zwei Jahre ausgehalten.

Wie christlich das Westpreußische Volksblatt redigiert wird, zeigt die am 12. November unter der schon anrüchigen Ueberschrift „Sozialdemokraten und Religion“ zur Gewerbeprüfungwahl gebrachte Notiz. Darin wird zuerst behauptet, die Danziger Sozialdemokratie habe sich zur Gewerbeprüfungwahl ein religionsfreundliches Mantelchen umgehängt. Dieser würdige Trick ist aber nicht nur eine bewusste Unwahrheit insofern, als es der Sozialdemokratie gar nicht eingefallen ist, zur Gewerbeprüfungwahl Stellung zu nehmen. Dadurch soll noch eine besonders unerfreuliche Denunziation wirksam eingerechnet werden. Das unchristliche Blatt fährt nämlich, weil das Papier ja nicht erröten kann, fort: „Sie (die Danziger Sozialdemokratie) stellt sich so, als habe sie niemals die religiöse Ueberzeugung christlich gesinnter Arbeiter verlegt. Es sei deshalb an eine sozialdemokratische Flugchrift erinnert, die vor einiger Zeit verteilt wurde.“

Auf diese ausgefuchst niederträchtige Art wird zwar nicht ganz ausdrücklich aber doch so, daß etwas anders gar nicht verstanden werden kann, behauptet, daß die Danziger Sozialdemokratie ein religionsfeindliches Flugblatt verbreiten ließ. Weiter wird dann behauptet, daß es die „Gottespest“ überschrieben war. Dazu wird sogar ein Teil des Inhalts zitiert. Aber gerade dadurch verrät sich der schamlose Verleumder, der diese Infamie zusammenschmierte. Es ist schon unendlich oft gegenüber ähnlichen Zentrumslogen festgestellt, daß die Sozialdemokratie niemals etwas mit diesem Gottespest-Flugblatt zu tun gehabt hat. Wir brauchen nicht zu versichern, daß die Unterstellung, als sei es in Danzig so verbreitet, eine ebenso frivole Zentrumslogie ist. Die widerlichsten Christenergüsse brachte das pfäffische Jesuitenblatt jedoch erst am 13. November. Da lag es mit der ihm angeborenen Eitelkeit sogar, daß der frühere sozialdemokratische Parteisekretär Müller in Köln

„an einen Arbeitgeberverband des Saarreviers ein schriftliches Gefuch um eine Anstellung als Sekretär richtete.“

In demselben Artikel behauptet das schwarze Blatt von sich und den Beamten und Führern der Zentrumsorgane, sie hätten ein Gewissen und glauben, daß sie einem ewigen Richter einmal Rechenschaft abzulegen haben. Es ist hiernach also verständlich, wenn die badische Fabrikinspektion wegen der zu großen Wahrschamigkeit des berühmten Christenführers Engel mit ihm jeden Verkehr abbrach. Es klingt wie Peitschenhiebe auf die Heuchelei von der Verantwortung vor dem ewigen Richter, als damals die Fabrikinspektion über den Engel erklärte: „Entweder spricht er mit dreifacher Stirn in bewusster Weise die Unwahrheit oder er leidet an schweren Gedächtnisstörungen und Zwangsvorstellungen.“ In Danzig gibt es solche ehrenhafte Christenmoral natürlich nicht, das beweisen die beiden Sudelblätter, die unter der Verantwortung des Zentrumsagitators Paul Schopohl am 13. November abends und 14. November früh an den größeren Betrieben verteilt wurden. Diesem Schopohl haben wir schon einmal erklären müssen, daß er moralisch nur durch die Weitherzigkeit seines Beichtvaters existiert. In dem Flugblatt „In letzter Stunde“ gibt er die Beschuldigung gegen Müller-Köln wieder und druckt sogar das Bewerbsungsschreiben ab. Jedes Zentrumsblatt hat doch jetzt den unanfechtbaren Beweis dafür in der Hand, daß der Sozialdemokrat Müller ein charakterloser Schuft und der Zentrumschrift Schopohl ein Engel der Wahrschamigkeit ist.

Jawohl, der moralisierende Ehrenmann Schopohl sagt die Wahrheit und geht doch gleichzeitig der Wahrheit in weitem Bogen aus dem Wege. Es ist, trotz der Fettschrift, direkt gelogen, wenn das Schopohl'sche Blatt nach dem Westpreußischen Volksblatt behauptet, daß Müller erst bei einem Unternehmerverband als Sekretär bewarb. Tatsache ist, daß Müller sich ahnungslos auf ein Inserat in einer sozialpolitischen Zeitschrift, das unter Offerte erschien und aus dem der Urheber also nicht zu ersehen war, als Sekretär meldete. Er kannte also denjenigen, der die Stelle ausgeschrieben, überhaupt nicht! Er konnte sich deshalb also garnicht absichtlich an den Unternehmerverband wenden. Nun aber weiter: Müller hat nie eine Antwort auf sein Gefuch erhalten. Erst nach Jahren kamen die Christen mit dem tatsächlichen an einen Unternehmerverein gegangenen Brief zum Vorschein. Sie hatten also sehr gute Beziehungen zum Unternehmertum. Und nun erhoben sie die schmutzigsten Schmähungen gegen Müller, die Schopohl und das Westpreußische Volksblatt jetzt wiederholen. Müller legte darauf sofort seinen Posten nieder und verklagte das Zentrumsblatt, das ihn zuerst verleumdete hatte. In der Gerichtsverhandlung nahm der Beklagte nach Klarstellung des Sachverhaltes alle Beschuldigungen gegen den Genossen Müller zurück und gab ihm eine Ehrenerklärung, worauf dieser seine Klage zurücknahm. Nun wiederholt sich trotz alledem das alte schamlose Zentrumsstück. Dieselben Verleumdungen werden trotz dieses Sachverhaltes wieder hervorgeholt, denn wozu hätten die Zentrumsfrommen denn ihr Gewissen und die Furcht vor der Abrechnung bei dem ewigen Richter.

Und diese Schamlosigkeit werden begangen, obwohl den frommen Ehrabschneidern das Guckfermaul trief vor Entsetzen über sozialdemokratische Verlogenheit. Die Sprache ist wirklich zu arm, um dieses perfide Treiben auch nur annähernd so zu geißeln, wie es notwendig wäre.

Witten in seinen jesuitischen Verunglimpfungen der Sozialdemokratie behauptet das Schopohl'sche Blatt, daß am 19. November 1909 vor dem Schöffengericht in Essen festgestellt wurde, daß Beamte des sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verbandes im Jahre 1904 kurz vor der Knappschaftswahl im Ruhrgebiet ein Flugblatt herausgaben, das den Zentrumsabgeordneten Brust verunglimpfte. Diesem sei unwahrer Weise vorgeworfen worden, daß er von Unternehmern 30 000 Mark zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erhalten habe. Die Leitung des Verbandes, der Reichstagsabgeordnete Sasse und Hue, hätten den Verdacht der Bestechlichkeit auf Brust ruhen lassen.

Wahr ist allerdings, daß bei jener Wahl der Versuch gemacht wurde ein Flugblatt ähnlichen Inhalts herauszugeben. Wie es möglich war, daß die Behauptung von der metallischen Verbindung des Brust mit den Unternehmern Glauben fand, ist begreiflich, wenn man weiß, daß er selbst gegen den Verband einst erklärte:

„Ich weiß wohl, daß die Verbandsleitung ehrlich wirkt, aber es ist mein Geschäft, sie zu verächtigen.“

Ueber diesen angeblich so schändlich verleumdeten Christen-Brust schrieb der zentrumliche Bergknappe noch im Herbst 1907, er solle sich bei den Unternehmern anstellen lassen. Die Bergleute

würden ihn lieber bestrafen, als zu ihrem Führer wählen. Er habe das Vertrauen der Bergarbeiter längst verloren.

Das ist also das Inskandalum, dem das Flugblatt schieres Unrecht getan haben soll. Trotzdem hat Genosse Sasse die Verbreitung des Flugblattes mit allen Mitteln verhindert. Das ist auch in der vom Schopohlblatt erwähnten Gerichtsverhandlung festzustellen. Es gehört nicht christliche Barmherzigkeit dazu, um dreißig das Gegenteil zu behaupten.

Wie die Zentrumschriften die letzten Stunden vor Wahlen benutzen, um ihre Verleumdungen an den Mann zu bringen, das beweist ihre schamlose Verächtlichkeit des Genossen Unterhalt. Sie arbeiten in Danzig genau so, wie mit dem berühmten Heinrich-Brief bei der Knoppschaftswahl 1910 im Ruhrrevier. Kurz vor der Wahl wollten die Christen den Brief eines Verbandführers aufhängen haben, in dem ein besonderes Vorgehen gegen einen Christenhauptling angedroht wurde. Die Einsichtnahme in den Brief verweigerten sie vor der Wahl mit der Ausrede, daß der Täter sonst über die Grenze gehen würde! Kurz vor der Wahl behauptete der Oberkreist Jambusch, er kenne den Briefschreiber ganz genau, nannte ihn jedoch nicht! Erst am Morgen des Wahltages behaupteten die Schwarzten durch große Flugblätter, daß der Genosse Aufderstraße den Brief geschrieben habe. Nun fragte dieser gegen die schwarzen Ohrabstreifer. Das Gericht ließ sich von mehreren Personen Schriftproben geben. Es stellte dann fest, daß Aufderstraße als Täter unter keinen Umständen in Frage komme. Der gerichtliche Sachverständige stellte dagegen fest, daß der Oberkreist Bogelsang keine Handschrift vor Gericht vorstellte. Weiter stellte er und mit ihm das Gericht fest, daß die Handschrift des Bogelsang mit der Schrift des Briefes identisch sei! Er wurde denn auch wegen des Verdachtes der Täterschaft nicht verurteilt! Jambusch konnte auch nicht die Spur eines Beweises für die Täterschaft des schändlich verleumdeten Genossen beibringen; er verzichtete selbst auf den Wahrscheinbeweis. Das Gericht verurteilte ihn zu 500 Mark Geldstrafe.

So arbeiten die Zentrumschriften, die die Worte Gott und Himmel nicht mehr aus dem Munde lassen. Damit sei es vorläufig genug mit den Taten der Rinnemund, Schopohl und Konforten. Genosse Oehl sagt ihnen an anderer Stelle, was zu den perfiden Anwürfen gegen ihn zu sagen ist.

Nag man die Zentrumschriften losen, wo man will, immer findet man bekümmert, womit Dr. Sigl sie schon brandmarkte: Sie schwindeln wie die Teufel und lügen aus Brinsip.

Ergebnisse der Volkszählung 1910 in Westpreußen.

Sieben erscheint im Buchhandel des Gemeindefiskus für die Regierungsbezirke Allenstein, Danzig, Marienwerder, Posen, Bromberg und Oppeln, zusammengestellt auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, bearbeitet durch das königliche Preussische Statistische Landesamt. Es enthält mancherlei Resultate, die für die Leser unseres Blattes von Interesse sind. Wir werden deshalb einige Zusammenstellungen aus diesem Buche bringen, die unsere Provinz Westpreußen betreffen.

Die ortsanwiesende Bevölkerung der Provinz betrug am

	1. Dezember 1910	1905
in Preussens Bezirk Danzig	742.719	709.912
in Regierungsbezirk Marienwerder	97.365	932.542
zusammen 1.710.474		1.642.454

Die Bevölkerung der Provinz vermehrte sich also in den letzten fünf Jahren um 61.020 Personen. Der Anstieg nach westwärts in der Provinz 1910:

	1910	1905	1900	1895	1890
Reg. Bez. Danzig	742.719	709.912	678.112	647.171	616.151
Reg. Bez. Marienwerder	97.365	932.542	904.430	873.371	842.301
Provinz Westpreußen	1.710.474	1.642.454	1.582.542	1.520.542	1.458.452

Die Provinz hat also für 1910/11 außer dem mehr als Proleten.

Im Jahre 1905 war das Verhältnis folgendes:

	1910	1905	1900	1895	1890
Reg. Bez. Danzig	742.719	709.912	678.112	647.171	616.151
Reg. Bez. Marienwerder	97.365	932.542	904.430	873.371	842.301
Provinz Westpreußen	1.710.474	1.642.454	1.582.542	1.520.542	1.458.452

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

Die katholische Bevölkerung Westpreußen ist also nach den Ergebnissen der Zählung von 1910 um 100.000 Personen vermehrt worden und in der Provinz gewachsen. Die Erhöhung ist im Verhältnis zu der Gesamtzahl sehr bedeutend.

Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.

	1905	1910	kath.	evang.
Danzig	160.090	170.337	55.513	109.756
Elbing	55.627	58.336	10.818	45.637
Thorn	43.658	46.227	21.754	22.805
Graudenz	35.953	40.325	13.635	25.402
Birshau	14.184	16.894	8.894	7.466
Marienburg	13.095	15.500	6.091	9.531
Zoppot	11.800	13.015	7.113	7.554
Marienwerder	11.828	12.983	2.921	9.734
Ronih	11.014	12.005	6.309	5.373
Culm	11.655	11.718	7.651	3.788
Culmburg	10.007	10.612	6.018	2.263
Dr. Stargard	10.485	10.419	6.004	3.998
Dr. Colau	9.531	10.087	1.962	7.956

Die Zahlen für die betreffende Konfession lassen sich nicht ganz genau angeben, weil unter der Rubrik „Deutsch und eine andere Sprache“ die Konfession nicht angegeben ist. Im allgemeinen wird diese andere Sprache bei uns wohl die polnische Sprache sein, und weil polnische Sprache und katholische Konfession in diesem Falle wohl gleichbedeutend sein wird, werden wir diese Zahlen der katholischen Bevölkerung wohl zuzählen können.

Eine Automobilfahrt der Danziger Feuerwehr, welche am Mittwoch, den 13. d. Mts. vormittags zwischen 11 und 12 Uhr auf dem Kabaunedamm bei den Schräberrgärten (Gartenkolonie) in Altischland stattfand, hatte für die gesamte Mannschaft der mitfahrenden Feuerwehrleute ein tristes Nachspiel gehabt. Die Steuerung scheint versagt zu haben und das Fahrzeug bohrte sich dicht an der Kabaunegrenze an den Wäldern in den durch Regengüsse angewickelten tiefen Erdboden ein. Ein sofort angeforderter Verhuf, durch eigene Kraft dasselbe wieder flott zu machen, versagte trotz emstiger angestrengtester Arbeit. Es wurden zwei Pferde requiriert, die hinten ans Automobil angepannt wurden und dasselbe aus seiner Bedrängnis befreiten. Die Fahrt ging dann in langsamem Tempo vor sich.

Weshalb man gerade den Kabaunedamm benutzte, ist nicht recht ersichtlich. Die Chaussee ist jedenfalls besser für derartige Touren geeignet.

Städtischer Seerückhoerf. wj.

Von heute ab kosten pro Hund: Schmedenheringe 15 Pfennig, Straßhaken 24 Pfennig, mittlere Schweißhose 26 Pfennig, Kackeln, große Schweißhose und Seelachs 27 Pfennig, Matzeln 32 Pfennig, Fischkarbonade 37 Pfennig, Heilbutte 49 Pfennig und Rotzungen 51 Pfennig.

Frauenbewegung.

Der Sieg des Frauenwahlrechts in Dänemark.

Dänemark steht vor einer bedeutenden Verfassungsreform: Die politische Gleichberechtigung der Frauen wird zur Wahrheit! Das wichtigste in der Verfassungsvorlage, die vom Konseilspräsidenten Alaus Fernen dem dänischen Folkething vorgelegt wurde, ist die Einführung des Wahlrechts und die Wählbarkeit für die Frauen.

Seit 1908 wurde im Prinzip das allgemeine Frauenwahlrecht anerkannt, indem das neue kommunale Wahlgesetz Wahlrecht und Wählbarkeit der Frauen bei Kommunalwahlen vorsah. Durch dieses Gesetz bekommen die Frauen gleiche Rechte mit den Männern. Wenn sie die allgemeinen Bedingungen erfüllen (nur Steuerzahlende sind kommunale Wähler), haben sie das Recht, ihre Stimme abzugeben und können auch Mitglied kommunaler Körperschaften werden.

Das neue Verfassungsgesetz gibt nunmehr auch politisch den Frauen dieselben Rechte wie den Männern. Paragraph 30 der Verfassungsvorlage bestimmt: Wahlrecht zum Folkething hat jeder 25 Jahre alte Mann und jede Frau, die Einkommensrechte haben, 25 Jahre alt sind und ihren Wohnsitz haben. Ausgenommen sind: 1) wer keine Minderjährigkeit bezieht oder bezogen hat und diese Unterweisung nicht zurückzahlt hat; 2) wer in Konkurs ist. Der Konsum des Wagens befreit nicht das Wahlrecht der Frau. Paragraph 31 bestimmt: Wähler zum Folkething ist jeder, der das Wahlrecht hat.

Die Forderung wird von den kommunalen Körperschaften gestellt, und so das kommunale Wahlrecht, wie erwähnt, schon das Frauenwahlrecht und die Wählbarkeit enthält, sind die Frauen auch an derberedung zum Folkething, der dänischen Erstenkammer.

In der Rede, womit der Konseilspräsident die Verfassungsvorlage überreichte, führte er in Bezug auf das Frauenwahlrecht aus: Die Verfassungsvorlage gibt den Frauen Gleichberechtigung mit den Männern. Die Frauen haben hier im Lande ohne größere Schwierigkeiten das kommunale Wahlrecht bekommen und alle am kommunalen Leben Beteiligten würden wünschen, daß diese Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen für die Gemeindeförderung von großer Bedeutung gewesen ist. Wenn wir jetzt zu einer Verfassungsänderung übergehen, ist es nur eine natürliche Folge jener Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und eine selbstverständliche Grundbedingung, wenn die Gelegenheit kommt, den Frauen bei den Wahlen zu den Landesparlamenten auch dieselben Rechte wie den Männern zu geben. Ich sehe es als eine Selbstverständlichkeit an, daß das neue Verfassungsgesetz angenommen und somit das Wahlrecht der Frauen zur Wahrheit wird. Welchen Einfluß das Frauenwahlrecht auf die Politik der Parteien und ihre Stellung zueinander haben wird, das ist noch nicht mit Sicherheit zu sagen.

heit sagen. Gewisse Schlüsse lassen sich nur aus den Kommunalwahlen von 1909 und 1912 ziehen, den beiden Wahlen, an denen sich bisher die dänischen Frauen beteiligten. Als im Jahre 1909 das Frauenwahlrecht bei den Gemeindeförderung zum ersten Male in Anwendung kam, stimmten in Kopenhagen 69,4 Prozent der Frauen ab, gegen 80,5 Prozent Wahlbeteiligung der Männer. Die Arbeiterfrauen standen unter diesen 69,4 Prozent leider auch noch nicht an erster Stelle. Es waren beteiligt die Lehrerinnen mit 87,1 Prozent, die Beamtinnen mit 82,7 Prozent, Ärztinnen, Juristinnen, freie Berufe mit 78,2 Prozent, Handlungsgehilfinnen mit 74,5 Prozent, Dienstboten mit 72,2 Prozent und Arbeiterfrauen nur mit 70,1 Prozent. Den größten Teil der Wählerinnen der Arbeiterklasse stellten die verheirateten Frauen. Charakteristisch ist, daß gerade die ärmsten Arbeiterfrauen sehr zurückhaltend in der Beteiligung an der Wahl waren. Von den verheirateten Frauen stimmten in der Einkommensklasse von 800 bis 1000 Kronen 53,5 Prozent, von 1000 bis 1200 Kronen 62,1 Prozent, von 1200 bis 1500 Kronen 80,3 Prozent, von 1500 bis 2000 Kronen 75,0 Prozent, von über 2000 Kronen 76,0 Prozent. Welche Parteien den zahlenmäßigen größten Erfolg für die Frauen gebracht haben, läßt sich natürlich nicht feststellen; man nimmt an, daß im allgemeinen alle Parteien gleiche Vorteile davon haben, mit der Einschränkung, daß die Frauen der wohlhabenden Klasse sich am stärksten an der Wahl beteiligten.

Schon bei der nächsten Wahl im Jahre 1912 ist der prozentuale Anteil der Arbeiterfrauen bei der Stimmabgabe bedeutend gestiegen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei den nächsten Wahlen die Beteiligung der Arbeiterfrauen jene der besitzenden Klassen bedeutend überlegen wird. Unte: diesem Gesichtspunkt ist nun auch die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf die politischen Wahlen zu beurteilen. Die Arbeiterklasse begrüßt die Gleichberechtigung der Frauen nicht nur vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus, sie wird auch in den Frauen einen starken politischen Machtzuwachs erlangen.

Berichtliches.

Legt ihr nicht ans, so legt ihr unter...

Wegen angeblicher Beleidigung der Berliner Polizei aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks ist am 13. April vom Landgericht Essen der Redakteur der Arbeiterzeitung, Genosse Neumann in Essen, zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Als im März der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet beschlossen worden war, wurden 200 Berliner Schulleute unter Leitung eines Polizeileutnants nach dem Streikgebiet geschickt. In der Arbeiterzeitung wurde dies unter den letzten Telegrammen mit der Spitzmarke: Freiheit für die Berliner Wähler veröffentlicht. Die Berliner Polizeidirektion erblickte hierin eine Beleidigung der Berliner Schulleute und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur. Der Gerichtshof hat in der erwähnten Spitzmarke den ehrenkränkenden Vorwurf erblickt, daß die Berliner Schulleute als Mörder anzusehen seien. Den Lesern der Arbeiterzeitung sei sehr wohl bekannt, daß bei den Mobilisten Krawallen ein Arbeiter das Leben eingebüßt habe und daß den Berliner Schulleuten die Schuld hieran beigemessen werde. Hieraus und aus andern Umständen sei zu entnehmen, daß der Angeklagte den beleidigenden Vorwurf erheben wollte und daß der Leser ihn auch in diesem Sinne verstanden haben. Der Angeklagte selbst bestritt allerdings aufs entschiedenste seinen Worten jenen Sinn untergelegt zu haben. Er habe, so sagte er, lediglich andeuten wollen, daß die Berliner Mörder infolge der Abwesenheit so vieler Polizisten sich größerer Freiheit erfreuen würden. Der Gerichtshof fand aber diese Erklärung nicht plausibel, obwohl ein anderer Redakteur der Arbeiterzeitung, der als Zeuge vernommen wurde, erklärte, er habe laut gesagt, als er zuerst von der Auslegung der inkriminierten Stelle durch die Behörde Kenntnis erhalten habe. — In seiner Revision vertrat der Angeklagte dieselbe Ansicht wie in der Hauptverhandlung. — Das Reichsgericht verwarf jedoch das Rechtsmittel, da ausreichend festgestellt sei, daß in jener Stelle ein beleidigender Vorwurf für die Berliner Polizeibeamten zu erblicken sei.

Schram! Das Gericht sagt es und der Angeklagte hat die Meinung der gelehrten Herren Richter mit seinem Geldbeutel oder auch mit seiner Freiheit zu büßen! Zwar sagt sich jeder Vorurteillose, daß ein Redakteur, der es sich wirklich beikommen ließe, in solch hauebüchener Weise, wie es die Essener und die Leipziger Richter ihm unterstehen, in die Waschen der Strafgesetze zu tauchen, viel eher in ein Tollhaus, als in eine sozialdemokratische Redaktion gehörte. Aber ganz gleich: nicht die Logik des Laien, sondern die der gelehrten Juristen entscheidet hier. Und in deren Köpfen spiegelt sich die Welt meist etwas anders, als in den Heimstätten des beschränkten Untertanenverstandes!

Nie wieder

und eine Dame eine andere als die allein echte Steckenpferd-Littemilch-Seife von Bergmann & Co., Rabenau, a. S. 50 Pf. kaufen, sobald sie sich von deren Güte überzeugt hat, denn diese Seife erzeugt ein junges, jugendliches Gesicht und blendend schönen Teint. Ferner macht Cream „Dada“ (Littemilch-Cream) rote u. spröde Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf.



Goldene 10
Wahrscheinlich ist unter anderem auch die Erhöhung der protestantischen Bevölkerung zu erwähnen und auf die territoriale Vergrößerung der Provinz hinzuweisen. Wir stellen hierunter die Ergebnisse der Zählung von 1910. Der Vergleich wegen geben wir nur die Zahlen der Katholiken und Protestanten an. Die Erhöhung erfolgt dann auf die Juden und andere Christen.



Sie können sich nicht sparen, wenn Sie nicht sparen. Sie sparen die Hälfte, wenn Sie sparen die Hälfte. Sie sparen die Hälfte, wenn Sie sparen die Hälfte. Sie sparen die Hälfte, wenn Sie sparen die Hälfte.

Es ist nicht die Hälfte, die Sie sparen, sondern die Hälfte, die Sie sparen. Es ist nicht die Hälfte, die Sie sparen, sondern die Hälfte, die Sie sparen. Es ist nicht die Hälfte, die Sie sparen, sondern die Hälfte, die Sie sparen.



REIZEND

und hochapart sind meine neu eingetroffenen Läger in

Damen- und Herren-Garderoben

Für jeden, der jetzt für den Herbst und Winter sich neue Kleidung anschafft empfiehlt sich ein persönlicher Besuch zur Besichtigung meiner Gross-Konfektions-Läger ohne Kaufverpflichtung

Die gewaltige Ausdehnung meiner Geschäfte ist der schlagendste Beweis meiner unerreichten Leistungsfähigkeit. In geradezu strotzender Auswahl empfehle ich folgende Knaben- und Herren-

ULSTER

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 1 Paletot 18 Mark | Anzahlung 4 Mark |
| 1 Paletot 26 Mark | Anzahlung 5 Mark |
| 1 Ulster 40 Mark | Anzahlung 10 Mark |
| 1 Ulster 54 Mark | Anzahlung 14 Mark |

Spezialität: **Flausch- u. Royal-Ulster**

ANZÜGE

- | | |
|-----------------|-------------------|
| 1 Anzug 20 Mark | Anzahlung 3 Mark |
| 1 Anzug 26 Mark | Anzahlung 5 Mark |
| 1 Anzug 35 Mark | Anzahlung 8 Mark |
| 1 Anzug 45 Mark | Anzahlung 10 Mark |

Rock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Cutaway-Anzüge

GRATIS erhält jeder neue Kunde **1 Uhr** oder **1 Hose**

Schicke, moderne **Damen-Garderoben** in feinsten Verarbeitung

- | | |
|---|--------------------------------------|
| Ulster in Flausch in Ratiné | Mäntel in Flausch in Velours du Nord |
| Mäntel in englischen Stoffen in Tuch usw. | Kostüme in Schwarz in Blau |

Kostüm-Röcke, Biusen usw. usw.

Pelz Jacken, Kolliers, Kragen, Schals **Pelz** in allen modernen Arten

MÖBEL-EINRICHTUNGEN

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| 1 Stube und Küche von 15 M. zahl. an | 2 Stuben u. Küche von 25 M. zahl. an |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
- Moderne Schlafzimmer — Herren-Zimmer — Farbige Küchen.

Westpreußische Kredit-Zentrale

Feder

Danzig, Holzmarkt 27-28
Ecke Altstädtischen-Graben.

Das Herrenartikelgeschäft

von

Guítav Wiótzki

befindet sich

Breitgasse 37, Ecke 1. Damm

schrägüber dem alten Geschäft.

Abteilung Uhren Abteilung Musikwaren Auf Teilzahlung



Taschenuhren für Herren u. Damen
Freischwinger, Wecker
Sämtliche Gold- und Silberwaren
Spezialität: **Trauringe.**

Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie.
Reparaturen an Uhren schnell und billig!
Altes Gold u. Silber wird in Zahlung genommen.
Telephon 558 **H. Stupel**, Uhrmacher.

Größte Auswahl in
Komet-Konzert-Sprechapparaten
mit u. ohne Trichter v. 15-300 M.
Platten in tausendfacher Auswahl
55, 95, 1,25, 1,65, 2,00, 3,00 M.

Neu eingelangt
Hand- u. Mundharmonikas
Reparaturen an Sprechapparaten
werden bestens ausgeführt.



Uhren- und Musikhaus „Komet“ H. Stupel Breitgasse 130-132
3. Haus vom Holzmarkt.



KOHLLEN

Holz und Briketts

geben zu billigsten Tagespreisen ab

Danziger Brotfabrik

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Kolkowgasse 15.

Telephon 380.



Krakau.

Unsern werten Abonnenten in Krakau zur gest. Kenntnis, daß wir ab 1. November im Gasthaus „Zum Deutschen Keller“ (Reichhold Thomas) eine Ausgabestelle unserer Volkswacht errichtet haben. Dasselbst werden auch jederzeit Abonnements und Inzerptions-Aufträge entgegengenommen. Expedition der Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Nicht zu übersehen! Empfehle in größter Auswahl

Hüte u. Mützen für Herren u. Knaben, Schirme, Stöcke, Krawatten, Hosenträger, Lederwaren, Trikotagen, sowie sämtliche Berufskleidung in nur realen Qualitäten.

E. Hirsch, Altstadt, Graben 76 und Schmiedegasse 7.

Neu aufgenommen: Dauerwäsche.

Oskar Schützmann

Destillation und Likörfabrik

Tischergasse No. 67.

Feine Liköre,
Rum, Kognak.



Schillers Werke Seines Werke

3 Bände zu 4 Mark
sind wieder eingetroffen
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse Nr. 32.

Elegante Anzüge

nach Mass
38, 45, 50 bis 75 M.

Paletots u. Ulster

nach Mass
36, 42, 48 bis 70 M.

Nur gute Stoffqualität und prima Verarbeitung.

Spezialhaus

Louis Israelski

Kohlenmarkt 11.

Friseur F. Mertens

Schüsseldamm 26.

Friseur sucht einige Monatskunden. Off. unter L M an die Expedition.

Freundliche Wohnung, 2 Zimmer u. Zubehör umständeh. sofort zu verm. Brandgasse 10. R. Hof, 1.

Kleine Wohnung zu vermieten. Burggrafenstraße 11.

Stube, Küche, Zubehör an kindert. Leute zu verm. Näb. Fraueng. 11. H.

Kaninchenberg 9
große Stube und Küche für 12 Mk. zu verm. Zu erfragen part. links. Wohnung, Stube, Küche, Zubehör Preis 16,50 Mk. monatl. sogleich zu vermieten. Holzraum 7, pt. r.

Hofwohnung
für 11 Mk. zu vermiet. Poggenpuhl 82, 1.



Kautabak

der Nordhäuser Tabakarbeiter-Gen.

Rauchtabak

der Burgsteinfurt. Tabakarbeiter-Gen.

Zigaretten

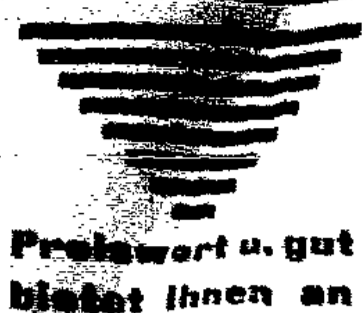
der Stuttgarter Tabakarbeiter-Genoss.

Zigarren

aus den Fabriken der Tabakarb.-Gen. nur gute vorzügliche Ware empfiehlt

Eugen Sellin

Danzig, Schüsseldamm 56.



**Ulster
Paletots
Joppen**

Rudolf Brzezinski

**Danzig,
Holzmarkt 24
Neubau Ecke Brettgasse.**

Große Preisermäßigung

Um in meiner Putz-Abteilung für die Spielwaren-Ausstellung Platz zu gewinnen, verkaufe sämtliche Damen- und Kinder-Hüte sowie Zutaten zu noch nie dagewesen niedrigen Preisen.

Einige Beispiele:

Gamins in allen Farben jetzt **135**
glasiert in allen Farben jetzt **185**
zweifarbige oder weiß u. creme jetzt nur **235**
Einzelne Püschformen sehr eleg. **695**
schwarz und schwarz-weiß, früh. bis 20. u. jetzt

Moderne Formen
 große, verschiedene jetzt nur **135**
 in guten **Filzqualitäten**, in vielen Farb. jetzt nur **185**
 in **Tuchqualitäten** jetzt nur **95**
Samt-Formen schwarz jetzt nur **475**

Sporthüte

kleine Form jetzt **150**
 mit breiter Samtgarnitur oder Seidenkordel jetzt nur **185**
 Gew. jugendlicher Hut, hübsche Garnitur jetzt nur **235**
Eleganter Sporthut sehr chic u. Kleids. früh. b. 10. u. jetzt nur **285**

Garnierte Hüte
Spotbillig.

Spotbillig.
Garnierte Hüte

Julius Goldstein

Danzig, Lawendelgasse 4, gegenüber der St. Nikolaikirche.
Achten Sie genau auf meine Firma. Verlangen Sie Rabattmarken.

Soziald. Verein Danzig-Stadt.
 Sonntag, den 17. November, abends 6 1/2 Uhr, findet im Anschluss an den soziald. Parteitag für Westpreußen im Etablissement des Herrn Steppuhn ein
Partei-Vergnügen
 mit Veranstaltung lebender Bilder, Gesangsvorträge usw. statt. Wir laden unsere Parteigenossen und Genossinnen hierdurch zu zahlreichem Besuch freundlichst ein. Eintritt 25 Pfg. pro Person bei freiem Tanz.
 Das Komitee l. A.: Sellin.

„Zum fidele Bauer“ Ohra-Niederfeld.
 Am Sonntag, den 17. November, feiert der Verein Freunde-treue sein
Herbst-Vergnügen.
 Anfang nachmittags 4 Uhr. 798
 Zu reger Beteiligung der Mitglieder nebst Angehörigen ladet Der Vorstand.

Zuverlässige Zeitungsträgerin
 für Langfuhr, (Hochstrief ufw.) gesucht. Zu melden Expedition der Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Karl Kautsky: Der Weg zur Macht.
 Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution
 Preis 50 Pfg.
 Diese hochbedeutende Schrift sollte Eigentum eines jeden Genossen werden.
 Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.

Möbel
 auf Kredit und gegen bar.
Herrn- u. Burshen-Anzüge, Paletots.
 Kleiderauswahl modern. Ulster u. Joppen.
Damen-Kostüme und Jackette und Röcke.
Flausmäntel Plüschmäntel Pelz-Colliers.
 Sehr billige Preise. Unerreichte Auswahl.
 Neuheit und alte Kunden erhalten Kredit ohne Anzahlung.
S. Maltenfort
 Elbing Alter Markt 5.

Elbing. Achtung!
Deutscher Transportarbeiter-Berband
 Ortsverwaltung Elbing.
 Am Donnerstag, den 21. November, abends 8 Uhr, im Lokale Volkshaus (früher Vereinsgarten)
große Transportarbeiter-Berammlung.
 Tagesordnung:
 1. Der Deutsche Transportarbeiter-Berband, seine Aufgaben und seine Bedeutung. Referent: Kollege Döring, Berlin.
 2. Freie Aussprache.
 Berufskollegen! Sorgt für einen guten Besuch, auch der letzte Transportarbeiter muß auf seinem Posten sein. Die Ortsverwaltung.

Freude und Jubel in jeder Familie
 erweckt zur Kürzung der Langeweile ein gut spielender
Sprechapparat
 mit neuesten Schlagern.
 Große Auswahl hierin liefert in jeder Preislage u. Ausführung
Elbinger Platten-Centrale
Hans Tischmann
 Blaue Rabattmarken. Blaue Rabattmarken.

R. Kowalewski Nachf., Elbing
 „Im Lachs“
 Fabrik feinsten Liköre, Fruchtsaft-Presserei u. Weingroßhandlung.
 Lager echter
 Rum's, Cognac's u. Franzbranntweine.

Staatmedaille.
Englischbrunnen-Bier
 Goldene Medaillen.
 Hervorragend in Qualität bekömmlich u. haltbar
 Brauerei Englischbrunnen-Elbing.
 Zweigniederlassungen in Allenstein, Bromberg, Danzig, Dirschau, Graudenz, Königs, Thorn.

Die **Echt Elbinger Mumme**
 aus der
Bierbrauerei Rudolf Ulrich, Elbing
 ist ein ärztlich empfohlenes Gesundheitsbier von sehr hohem Malzgehalt und niedrigem Alkoholgehalt, daher verdient es mit Recht den Namen
„Flüssiges Brot“.

Schuhwaren
 des Spezialschuhgeschäfts von
Geschw. Salinger
 ELBING, Alter Markt 27
 zeichnen sich aus durch Haltbarkeit, Billigkeit und gute Passform. Unser Prinzip ist:
 „größer Umsatz, kleiner Nutzen“
 bei aufmerkamer fremdlicher Bekleidung.

2. Beilage zur Volkswacht

Nr. 93.

Danzig, den 16. November 1912.

3. Jahrgang.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Annahme des Sparassengesetzes und Warenhaussteuer.

Das Abgeordnetenhaus hat am Montag den Gesetzentwurf betr. die Anlegung von Sparassensbeständen in Inhaberpapieren in dritter Lesung angenommen. Ein Antrag des Abgeordneten Fabender (Zentrum), die Beratung so lange auszusetzen, bis die Kommission zur Beratung des Antrages Waldstein betr. die Entschädigung der Sparassens gegen Kursverluste ihre Arbeiten beendet hat, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Neue Momente wurden in der Debatte, in die wiederholt Genosse Leinert eintritt, nicht mehr zutage gefördert. In der Schlussabstimmung stimmten die beiden konserverativen Parteien, die Nationalliberalen und ein Teil der Fortschrittler für das Gesetz. Die Sozialdemokraten hatten über dieses die kleineren Später zugunsten der reichen Leute so sehr benachteiligende Gesetz namentlich die Abstimmung beantragt, konnten aber nicht die nötige Anzahl von Unterschriften aufbringen.

Der zweite Teil der Sitzung wurde durch die Beratung des Kommissionsberichts über den Antrag Hammer betr. höhere Besteuerung der Warenhäuser ausgefüllt. Die Kommission hat dem Antrage zwar die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen, immerhin aber beantragt sie eine „Verbesserung“ des Warenhaussteuergesetzes, insbesondere hinsichtlich der Grundlage der Steuerbemessung und in Verbindung damit ihre Höhe sowie des Verwendungszweckes in Erwägung zu ziehen und demnächst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Für diesen Antrag traten die Redner aller bürgerlichen Parteien ein, während der Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Hirsch, unserer grundsätzlichen Gegnerin gegen die Warenhaussteuer Ausdruck gab und die angebliche Mittelstands-freundlichkeit der Anhänger dieser ungerechten Steuer ins gebührende Licht rückte. Auch der Kommissar des Finanzministers brachte eine Reihe gewichtiger Bedenken gegen den Antrag vor, Bedenken so vernünftiger Natur, daß die Sozialdemokraten als die einzigen Mitglieder des Hauses ihm beipflichteten. Wofür der Regierungskommissar allerdings gehörig abgefanzelt wurde.

Dienstag ist Sitzungsfrei.

Am Mittwoch beginnt die zweite Lesung des Wassergesetzentwurfs.

Der Krieg auf dem Balkan.

Verhandlungen über den Waffenstillstand.

Das Roterische Bureau meldet aus Konstantinopel: Es wird bestätigt, daß die Regierung beschlossen hat, mit Bulgarien direkt über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Naftin Pascha hat Befehl erhalten, mit den bulgarischen Generalen in Verbindung zu treten. Ein Parlamentarist ist bereits zu diesem Zweck in das bulgarische Hauptquartier geschickt worden.

Danzig.

Gewerbegerichtswahl.

Bei der gestrigen Gewerbegerichtswahl erhielten Stimmen:

Freie Gewerkschaften 3286 Stimmen,

Christlich-nationale Gewerkschaften 1176 Stimmen,

Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 168 Stimmen,

Zerplittert 5 Stimmen.

Die Freien Gewerkschaften haben damit einen glänzenden Erfolg, trotz der gemelnen Agitationsweise der Jesuiten, über die Zerplitterer der Arbeiterinteressen davongetragen.

Auf die Freien Gewerkschaften entfallen 21, auf die Christlichen 8, und auf die Hirsch-Dunderschen 1 Beisitzer.

Die Freien Gewerkschaften gewinnen 10 Sitze, wogegen die Christlichen 2 und die Hirsche 3 Sitze verlieren.

Aus Westpreußen.

Elbing.

Haustollekte

Der Herr Oberpräsident der Provinz Westpreußen hat dem fügen Laubstummelverein wiederum die Erlaubnis erteilt, im Jahre 1913 zum Besten des Elbinger Laubstummelheims eine Haustollekte in der Provinz abzuhalten. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1913 ist die Kollekte bei den evangelischen Bewohnern einzustellen, da während dieser Zeit ausschließlich die Einsammlung von Gaben für evangelisch-kirchliche Zwecke stattfindet.

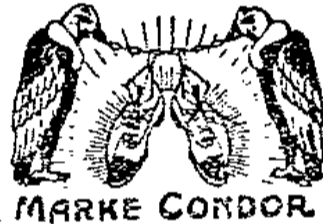
Zu allen möglichen Kollekten wird Genehmigung erteilt. Wir möchten unsere Leser ersuchen, für kirchliche Zwecke nichts zu geben, da die Diener der christlichen Religion meistens den Bestrebungen der Arbeiterschaft feindlich gegenüber stehen. Wir erinnern nur an den Hesprediger Stöder, der im Reichstage einmal als haßerfüllter Zeloit geschildert wurde. In der Zeit vom 1. bis 15. wird nur für evangelisch-kirchliche Zwecke eingesammelt. Also die Kirche geht vor. Ja, ja, die Kirche das ist die Hauptsache. Was soll denn aus dem Staate werden?

Die Stadtverordnetenwahlen

für den verstorbenen Herrn Justizrat Stroß, den zum Stadtrat gewählten Herrn Kaufmann A. Wiebe und die verstorbenen Herrn Geschäftsführer Karl Kaiser und Fuhrhalter Adolf Kienast finden statt in der dritten Abteilung für die Herren Kaiser bis Ende 1915 und Kienast bis Ende 1917 am 9., 10. und 11. Dezember, in der zweiten Abteilung (Herrn A. Wiebe bis Ende 1915) am 12. und 13. Dezember und in der ersten Abteilung (Herrn Stroß bis Ende 1915) am 14. Dezember.

Die Elbinger Fabrikarbeiter-Ortskranken- und Sterbefasse, die am Sonntag im Goldenen Löwen tagte, wählte zu Rechnungsprüfern die Herren Direktor Wilschewski und Kaufmann Franz Schiller, Gottfried Verbs, Heinrich Lau und Ferdinand Graf. Der bisherige Vorsitzende, Herr Mah, scheidet aus dem Vorstand aus, da er die Kassensführung der Handwerker-Ortskrankenkasse mit dem 1. Januar 1913 übernimmt. Für ihn wurde Herr Brauerelbesitzer Ulrich und für den sachungsmäßig auscheidenden Schneidemühlenbesitzer Köpp Herr Direktor Wandenesch gewählt. Die Arbeitnehmer behielten ihre bisherigen Vorstandsmitglieder, die Herren C. Winkelmann und Kowalski, bei. Weitere Vorstandsmitglieder sind die Herren Behrendt und Schönwald. Da am 1. Januar 1914 die neue Krankenversicherung der Reichsversicherungs-Ordnung in Kraft tritt, wurden sämtliche Vertreter der Kassensmitglieder und Arbeitgeber durch Zuzug auf ein Jahr — statt auf drei Jahre — wiedergewählt. Einstimmig wurde beschlossen, beim Versicherungsamt Elbing den Antrag auf Zulassung — Fortbestehen — der Kasse gemäß den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung zu stellen. — Die Kasse zählte am 1. November 1447 Mitglieder, gegen 1387 zu Anfang des Jahres. Durch Schließung mehrerer kleiner Krankenkassen wird sich die Mitgliederzahl noch erhöhen. Der Vermögensbestand ist durch schwere Erkrankungen einer Anzahl Kassensmitglieder von 26 197 Mark am 1. Januar dieses Jahres auf 24 197 Mark heruntergegangen. Die Kasse ist für das Jahr

Condor-Schuhe



Für die rauhe, nasse, kalte Jahreszeit das Beste!

<p>Damen 1/2 Boxfeder in Sealskin-futter MR. 8 75</p> <p>1/2 Boxcaff echt Lammfell-futter MR. 12 50</p> <p>1/2 Boxcaff „Derby“ in Doppelsohlen Eisaufstiefel MR. 14 50</p>	<p>Damen-Herren für Haus u. Strasse, weiches Chrom-feder mit Frieß-futter</p> <p>mollig und warm. Damen MR. 6 90</p> <p>Herren MR. 8 50</p>	<p>Damen-Stoff-Tanz- Gamaschen in eleganten Moden MR. 4 25</p> <p>größte Auswahl, zu jeder Toilette passend.</p> <p>MR. 3 25</p> <p>Fitz oder engl. Meißel in schwarz maron.</p>	<p>Garantie-Herren-Stoff- Gamaschen in eleganten Moden MR. 4 25</p> <p>Schuhe für Kinder v. 1 90 an für Erwachsene v. 4 00</p> <p>braun, grau samisch und mod.</p>	<p>Herren 1/2 Boxfeder warm-gefüllter Doppel-sohlen. MR. 10 90</p> <p>1/2 Boxcaff echt Lammfell-futter, Doppelsohlen „Wolfiano“ MR. 15 50</p>	<p>Herren „Arno“ 1/2 Boxcaff mit Korz-zwischen-Sohle, bester Schutz gegen Kälte und Nasse MR. 16 50</p>
---	--	---	---	--	--

Alleinverkauf für:

Danzig

Conrad Tack & Cie.

Große Wollwebergasse 14

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von E. Dewitt.

(Nachdruck verboten.)

1.

Ein Millionär auf der Walze.

1) Winston Howard war ein junger Mann, dem das Glück von seinem Eintritt in das Leben an gelächelt hatte. Seinem Vater, einem millionenreichen Chicagoer Grundeigentumshändler, dankte er alle Annehmlichkeiten und Vorteile einer sorgfältigen Erziehung, die für Geld überhaupt nur zu haben waren, und von der gütigen Mutter Natur sah er sich mit einer Fülle Gaben, körperlichen sowohl wie geistigen, ausgestattet, mit denen er auf jeden Fall sein Glück in der Welt gemacht hätte, auch wenn er nicht der Erde eines Krösus gewesen wäre. Aber ungeachtet seiner bevorzugten Stellung verlangte er nicht nach gesellschaftlichen Erfolgen; in den Kreisen jener Welt, in der man sich nicht langweilt und in denen junge Millionärsjöhne — hüben wie drüben — die erste Geige spielen, glänzte er nur durch seine Abwesenheit, und da er sehr originelle Gedanken besaß, zu denen er sich allseitig offen und mutig bekannte, kam es, daß er in den Ruf eines eigentümlichen Genies gelangte, dem man ein gewisses Mißtrauen entgegenbrachte und allerhand unliebsame Lieberatsungen zutraute. Er liebte es, dem Zusammenhang der Dinge nachzuforschen und sich in sozialpolitische Probleme zu versenken, wobei er allerdings zu Schlußfolgerungen gelangte, die für das herrschende plutokratische System nicht sonderlich günstig ausfielen. Er hatte viele Bekannte, aber nur einen einzigen Freund, und dieser war kein anderer als sein Altersgenosse Robert Dickinson, ein junger Anwalt, den er von Jugend auf gekannt und mit dem zusammen er in- und ausländische Unversitäten besucht hatte. Bob Dickinson selbst, der einen tieferen Einblick als irgend ein anderer Mensch in den Charakter Winston Howards gelangt hatte, hegte die größte Meinung von ihm und seiner Fähigkeiten und hielt ihn für einen jener großen Geister, die die Welt entweder zu reformieren oder zu revolutionieren vermögen.

Der Umstand, daß er als der Freund Winston Howards bekannt war, hatte keine Schattenseiten für ihn. Es verging kaum ein Tag, an dem ihm nicht mühsige Frager hart zusehnten. „Sagen Sie uns doch, was will Winston eigentlich? Will er eine neue Religion erfinden und sich zum Heiland einer neuen Sekte aufwerfen? Will er das Evangelium der Anarchie predigen und den

Kommunismus einführen? Will er vielleicht gar die Welt erobern, oder ist er am Ende doch übergeschnappt und reif für das Irrenhaus?“ In die Enge getrieben, hielt Bob Dickinson es meist für angezeigt, diplomatisch ausweichende Antworten zu geben, die den eigentlichen Kern unberührt ließen und die Reugterde nur noch mehr anfaschten.

Winston Howard zählte jetzt dreißig Jahre und war gerade von Heidelberg zurückgekehrt, wo er einige Semester lang Vorlesungen über die Philosophie von Kant, Schopenhauer und Nietzsche gehört hatte. Die deutsche Saat war bei ihm auf fruchtbaren Boden gefallen und regte ihn zur Verfassung eines Buches an, das, von dem amerikanischen Verleger in der richtigen Weise angezeigt, einen über Erwarten großen buchhändlerischen Erfolg errang. Jeder andere Schriftsteller wäre hierüber stolz und glücklich gewesen, nicht so jedoch Winston, den gerade die unerhoffte Popularität bedenklich und stutzig machte.

Seit drei Monaten weilte nun Winston Howard wieder in der prächtigen Stadt, an den schönen Ufern des Michigan-Sees. Vom Tage seines Eintreffens an ergoß sich ein Schauer von Einladungen zu gesellschaftlichen Veranstaltungen über ihn, denen er in den ersten Wochen bereitwillig Folge leistete; manch viel umwerbende Schönheit, die ihn insgeheim als Partner für die große Lebensreise ersehnte, blickte ihn ermutigend an, und bald drängte sich ihm die Frage auf, ob all die ihm erwiesenen Aufmerksamkeit nicht in erster Reihe den Millionen gelten, als deren Erbe er angesehen wurde, und er zauderte nicht, seinen geselligen Verkehr, dieser mächtigen Erkenntnis entsprechend, einzuschränken.

An dem Abend, an dem wir seine Bekanntschaft machen, hatte er den Vorzug gehabt, in dem Hause eines bekannten Millionärs die anerkannte Königin der Saison, eine strahlende Schönheit aus einer der ersten Familien des Südens, zur Tafel zu führen, später diermal mit ihr zu tanzen und sie schließlich sogar im lauschigen Koupee nach Hause zu begleiten. Kaum eine Stunde später stand er in der behaglichen Junggefallenwohnung seines Freundes vor dem Kamin und schien, trotz des ihm widerfahrenen Glückes, mit sich und der Welt in hohem Maße unzufrieden zu sein.

Robert Dickinson hatte auf einem behaglichen Armstuhl Platz genommen und blickte seinen Freund bewundernd von der Seite an; die hohe, breite Denkerstirn, die tiefen, von Klugheit und Güte leuchtenden braunen Augen, die feinen Linien um Mund und Nase, die elegante stattliche Erscheinung, die in der tadellosen Ge-

ellschaftstollette doppelt vorteilhaft zur Geltung kam, daß, wenn er nicht durch den Zufall der Geburt an Stelle eines männlichen ein weibliches Wesen geworden wäre, es sicherlich sein innerliches Bestreben sein würde, in der Ehelotterie den großen Preis in der Person Winstons zu ziehen.

Nach einer geräumigen Weile begegneten sich die Augen der beiden Freunde und Howard ließ sich gähnend in einen Beisitz, seinem Freunde gegenüber, fallen. Dabei bemerkte er:

„Ich habe mir alles reiflich überlegt, Bob, und ich bin nun zu einem Entschluß gekommen.“

Dabei streckte er seine Füße von sich und betrachtete ironisch die leibenden Schnallen auf seinen Lackshuhen.

„Eine verrückte Idee“, sagte er schließend und hielt die Hand vor den Mund, „so lächerliche und abgemackte Dinge zu tragen. Ernste Männer sollten sich schämen, solche Dummheiten mitzuzug.“

„Aber die Mode schreibt es vor“, warf Bob entschuldigend ein, „und solange wir zur Gesellschaft gehören, müssen wir uns ihren Geboten fügen. Aber was ist es, worüber du nachgedacht hast und zu welchem Entschlusse bist du gekommen? Wenn ein Philosoph, wie du, fünfzehn Minuten lang, ohne ein einziges Wort zu sprechen, mit gerunzelter Stirn dastehst, so läßt sich mit Zug und Recht von ihm erwarten, daß ihm mindestens die Lösung eines welterschütternden Problems gelungen ist. Was ist es, Winston, das dir so lange den Mund gefesselt hielt?“

„Ich wollte, ich wäre eine so sorglose Natur wie du und könnte aller Dingen eine heitere Seite abgewinnen“, fuhrle Winston. „Leider ist mir das nicht gegeben, ich nehme alles ernst und tragisch. Worüber ich nachdachte? Nun, worüber anders, als über die Pflichten, die der Reichtum seinen Besitzern auferlegt?“

Ein Anruten Bobs war die Antwort. „Bist du schon wieder bei dem alten Thema angelangt?“ fragte er mit gutgepielter Enttäuschung. „Wenn ich dich reden höre und an die mündelicheren Wertpapiere denke, die mein vorsorglicher Vater für seinen verheißungsvollen Sprossen in einem feuer- und einbruchsfüreren Bankgewölbe deponiert hat, so komme ich mir fast wie ein Dieb vor, der nicht unter anständige Menschen gehört.“

„Vater will mir den täglichen „Argus“ kaufen“, nahm Winston den unterbrochenen Faden wieder auf, „und einen Zeitungsbesitzer aus mir machen — natürlich einen solchen, der die Ansichten der besitzenden Klassen vertritt.“

(Fortsetzung folgt.)

1913 der Elbinger Vorkasse für Jungentente mit einem Betrag von 10 Pfennig für jedes Mitglied beigetragen. In Stelle des verstorbenen Kassendirektors hat der Vorstand den Kassier Holz zum Kassendirektor bestellt.

Ein eigenartiger Schulverhältnisfall

beschäftigte die Elbinger Straßammer. In Petershagen bei Tiegendorf besteht eine evangelische Schule. Die katholischen Kinder aus Petershagen müssen zum Religionsunterricht wöchentlich einmal zur Schule nach Reinland gehen, wo ein Lehrer aus Tiegendorf für die Kinder aus den umliegenden Ortschaften den katholischen Religionsunterricht erteilt. Die Ortschaft Petershagen liegt von Tiegendorf ein bis drei Kilometer, von der Schule Reinland etwa 4 1/2 Kilometer entfernt. Einige Eltern wollen ihre Kinder nicht mehr an dem von der Regierung eingerichteten Sammelunterricht teilnehmen lassen, weil ihnen der Weg zu weit ist. Das Gesuch der Eltern, den Kindern die Teilnahme an dem Religionsunterricht in Tiegendorf zu gestatten, ist abschlägig beschieden, da die Kinder dann den Unterricht in der Schule zu Petershagen verlassen müssten. Wegen die Arbeiter Abraham Fast und Johann Schmidt aus Petershagen ist nun, wie die Elbinger Zeitung berichtet, vom Amtsvorsteher eine Geldstrafe von je 4,50 Mark festgesetzt worden, weil sie ihre Kinder an verschiedenen Tagen im Mai und seitdem überhaupt nicht mehr zum Religionsunterricht nach Reinland geschickt haben. Das Schöffengericht Tiegendorf hat den Einspruch der Angeklagten verworfen. Gestern wandten die Angeklagten ein, daß der Weg nach Reinland im Mai infolge des Regens für Kinder ungangbar gewesen ist; sie mußten aber zugestehen, daß sie ihre Kinder zurückgehalten haben in der Hoffnung, damit eine Veränderung des Unterrichtsorts zu erzwingen. Ihre Berufung wurde deshalb verworfen.

wird sich am Freitag die Leserkommission damit beschäftigen, ob weitere 100 Zentner nach hier kommen. Das Fleisch soll von hervorragender Güte sein und dem hiesigen nicht nachstehen.

Der Verkauf von russischem Schweinefleisch findet bei folgenden Fleischermestern statt:

- Haupt, Franz, Marienwerderstraße 27,
- Stiller, Robert, Untere Thorerstraße 8,
- Kabitz, Ernst, Langestraße 2,
- Hinz, Ernst, Altestraße 12,
- Tickardt, Otto, Kulmerstraße 54,
- Jahlewitz, Ernst, Lindenstraße 39,
- Lomajewski, Joh., Untere Thorerstraße 14,
- Kriemad, Peter, Wiesenweg 3,
- Kieschinski, Getreidemarkt 17,
- Donag, David, Obere Bergstraße 10,
- Janz, Arnold, Kulmerstraße 50,
- Strebke, Ad., Bischofsstraße 13,
- Rippmann, Hermann, Obere Thorerstraße 3,
- Tottleben, A., Kulmerstraße 18,
- Unrauh, Adolf, Kulmerstraße 27,
- Heinze, Aug., Rodlmannstraße 7,
- Woljohn, Rud., Kasernenstraße 18,
- Abloff, Fritz 2, Untere Thorerstraße 31,
- Kregin, Herm., Uferstraße 8,
- Gosienitski, Joh., Untere Thorerstraße 13,
- Sutalski, St., Grabenstraße 58,
- Abloff, Georg, Marienwerderstraße 27,
- Thielmann, Obere Bergstraße.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Schlochau. Einen Keiler von zwei Zentnern erlegte in der Försterei Mauerlin (Oberförsterei Lindenberg) Hegemeister von Helden-Sarnamski. Das ist das erste Schwarzwild, das in der Oberförsterei Lindenberg erlegt worden ist.

Zemp-Idburg. Die Stadtverordneten wählten Brauereibesitzer Luz zum Kreisabgeordneten wieder.

Pugh. In der Nacht ist das mit Fischen, Kartoffeln usw. beladene Boot (Sieke) des Fischers Nimuth aus Kuffeln, welches im hiesigen Hafen lag gesunken. Glücklicherweise schliefen die Fischer nicht an Bord, so daß kein Menschenleben zu beklagen ist. Der hier für die Flugstation stationierte Hebekran der Kaiserl. Marine wurde bereitwillig zur Verfügung gestellt und das Fahrzeug unter Leitung des Fischermesters Wunder mittags gehoben.

Hammerstein. Durch einen tödlichen Unglücksfall hat die Familie des Kgl. Försters Herrn Dall in Adelsheim einen schmerzlichen Verlust erlitten. Die Ehefrau des Herrn Dall, welche am Sonntag auf Besuch gewesene Kinder mit dem Fuhrwerk nach dem Bahnhofs-Schönauf abgebracht hatte, ist auf der Rückfahrt mit dem Wagen umgefallen, sie war bereits erstarbt, als man sie auffand.

Rosenberg. Zu einer exemplarischen Strafe verurteilte heute das Schöffengericht den polnischen Arbeiter W. Jarzack aus Gr.-Plaud, der in angetrunkenem Zustande fünf Obstbäumen am Plauther Wege mutwillig umgebrochen hatte. Er erhielt zwei Monate Gefängnis.

Briesen. Ein Automobilunfall ereignete sich vorgestern Abend an der alten Wassermühle bei Polkau. Das dem Kaufmann Hermann Meyer hier gehörige Automobil schleuderte auf der Rückreise von Gollub, als es den vor der Unfallstelle liegenden Berg herabgekommen war, beim Nehmen einer Kurve gegen einen Chauffeur, überschlug sich, stürzte die Böschung hinab und wurde teilweise zertrümmert. Von den Insassen erlitten drei Personen schwere Verletzungen. Durch den weichen Ackerboden wurde der Sturz gemildert und größeres Unglück verhütet.

Stuhm. Bei der Handelskammer-Ergänzungswahl der dritten Wahlteilung des vierten Wahlbezirks (Kreis Stuhm) wurde der Kassier des Vorshuß-Vereins Carl Brose als Mitglied der Handelskammer wiedergewählt. Wahlberechtigt sind in dieser Abteilung 123; erschienen waren 16 Wähler.

Junagere. Ertrunken ist der 30 Jahre alte Maurergeselle Guban Holt. Er wollte in der Dunkelheit mit einem Kahn über die Jungersee Laake fahren, glitt dabei aus und fiel in den Fluß. Da keine menschliche Hilfe in der Nähe war, mußte er ertrinken.

Flatow.

Kobelt gegen Kobelt.

Der Oberinspektor des eine aus dem Gute Ossorfer Mühle geniet mit einer Arbeiterfrau in Streit und mißhandelte dieselbe mit einem Reisknüdel. Der Obermann der Frau, welcher dabei war, hat dem Oberinspektor mit einem Messer das rechte Auge aus.

Graudenz.

Russisches Schweinefleisch.

Die erste Sendung des russischen Schweinefleisches wurde am 11. dieses Monats zum Verkauf gegeben. Das Fleisch fand lebhaften Abzug. Ein Fleischer in der Marienwerderstraße soll in kurzer Zeit hundert oder acht halbe Schweine verkauft haben. Das Fleisch wurde meistens in kleinen Stücken verkauft, von 1 bis 4 Pfund. Es soll sofort eine zweite Sendung bestellt werden und

Thorn.

Schiffahrt.

Die Schiffahrt auf der Weichsel ist in diesem Jahre, ganz im Gegensatz zum vorigen, namentlich von August ab, so lebhaft gewesen, wie kaum jemals vorher. Der Wasserstand war diesmal so günstig, daß selbst die größten Kähne mit voller Ladung bis Warschau fahren konnten. Außerdem begünstigte das hohe Wasser die Holzflößerei. Von Polen kam weit mehr Ger.: herab wie je, auch war die Verladung von Zukerrüben und Rohrzucker, teils aus Polen, teils aus anderer Umgegend, sehr stark, ebenso die von Kleie und Getreide. Trotz des also sehr viel größeren Bedarfs an Schiffsraum sind aber die Frachten immer mäßig geblieben, und selbst in dem besonders lebhaften Monat Oktober trat nur eine geringe Steigerung ein. Den meisten Nutzen von dem regen Verkehr hatten die Schleppdampfer, die namentlich in den letzten Wochen mit Holzstrahlen viel zu tun hatten.

Aus der Partei.

Unser französisches Zentralorgan, die Humanité, wird vom Dienstag, den 25. Januar, an sechsseitig erscheinen. Außerdem soll das Blatt, wie in der Montagnummer mitgeteilt wird, in Zukunft in einer der Partei gehörigen Druckerei hergestellt

Schmackhaftes Gemüse **MAGGI Würze.**
 erziehen Sie mit einigen Tropfen
 Erst beim Anrichten beifügen.
 „MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Nur in einem alibewährten Spezialhaus haben Sie die volle Garantie.
 Schon für **20** Mk. ein mod. Anzug
 reell, gut, preiswert bedient zu werden.
W. Riese
 Breitgasse 127.
 Wenn Sie also kaufen wollen, dann gehen Sie nur zu
Garderobe
 Schon für **22** Mk. ein mod. Ulster od. Paletot

Wo kaufen Sie gut und billig?...
 Nur im **Konfektionshaus zum „goldenen Hirsche“** Danzig **100 Breitgasse 100**
 Herren-Anzüge von 12,00 an
 Herren-Ulster von 16,00 an
 Herren-Hosen extr. stark von 2,00 an
 Herren-Westen, Unterhosen, Hemden, Jacken, Hüte, Mützen, Chemisettes, Kragen u. Krawatten zu spottbilligen Preisen.
100 Breitgasse 100
Hut-Haus „London“
 II. Damm 10 Danzig Ecke Breitgasse
 Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, Krawatten, Wäsche in riesenhafter Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Hutmacher-Filzschuhe
 Ein Reckheiter
E. & B. Schlachter.
 Heilige Geistgasse 141

Ein Reckheiter
Petershagen h. d. Kirche 115

Wuertigung, Schuhwaren
Separatoren
Albert Jurkowski
 Schuhmacher, Aktion Dahn.
Sandweg 53
Größe französische Schuhe

Walter Schurian
Kolonialwaren,
 Neeschwand No. 18.
Stübchen
Arthur Schulz

Möbel · Spiegel empfehlen in nur sauberer und zediegener Ausführung auf **Kredit**
Polsterwaren Billigste Preise · Streng reelle Bedienung
A. Kaatz Nachf., Kaatz & Lessing, Danzig, Unerreicht dastehende Kulanz
 bei ganzen Aussteuern Extrapreise
 Billigste Bezugsquelle auch bei Einkäufen gegen Bar!
 Lawendelgasse 23, vis-à-vis der St. Nikolai-Kirche an der Markthalle.

werden. Der Nationalrat (Parteiausschuß) beschloß, eine neue Anleihe von 300 000 Frank zu diesem Zweck aufzunehmen. Die in Frage kommenden Korporationen erwarten, daß durch die Errichtung einer eigenen Druckerei für die Humanité die erzielten jährlichen Ersparnisse sich auf nicht weniger als 40 000 Frank belaufen werden.

Protokoll vom Cheminiker Parteitag.

Die erste Auflage ist vollständig vergriffen. Organisationen, die ihre Bestellungen noch nicht ausgegeben haben, bittet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. Berlin, dies sofort zu tun, da die zweite Auflage der Höhe der eingegangenen Bestellungen angepaßt wird und ein weiterer Nachdruck nicht stattfindet.

In Lüdenjcheid wurden bei den Stadtverordnetenwahlen 10 Sozialdemokraten gewählt.

Zur neuen Friedenskundgebung.

Wie uns aus Wien telegraphiert wird, ist Genosse Bernstorfer leider verhindert, am 17. d. Mts. nach Berlin zu kommen. An seiner Stelle kommt Reichstagsabgeordneter Genosse Renner.

J. Rosenbaum

Danzig, Breitgasse 128-129.

Sich elegant und doch nicht zu teuer kleiden ist die größte Wichtigkeit für jedermann!

Herren-Ulster und Paletots 14
mit und ohne Futter, ein- und zweireihig 22, 18, 14

Herren-Sakkoanzüge 15
ein- und zweireihig 25, 20, 15

Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Hygienische Bettfedern-Reinigungs-Anstalt

nur **Häkergasse No. 63**
an der Markthalle. Tel. 2788.

Spezial-Geschäft

für fertige Betten Bettfedern u. Dauneneinschüttungen Bezüge, Laken Bett- u. Steppdecken eiserne Bettgestelle von den einfachsten bis zu den besten Qualitäten

nur **Häkergasse 63**

neben d. Markthalle. Tel. 2788 Bei Einkauf neuer Einschüttungen werden die alten Betten gratis mit der Maschine umgeschüttet. Abholen und Lieferung gratis.

Fahrräder, Ersatzteile, Sprechmaschinen, Schallplatten sowie sämtl. Reparaturen zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet.

A. Hein,

Fahrradhandlung, Danzig, Breitgasse 115.

Achtung!

Kaffee-, Friseur-Salon und Haararbeiten-Atelier. **Franz Liedtke**, Stadtgebiet Nr. 5 am Markt.

Nur in dringenden Fällen

wollen unsere verehrlichen Inserenten etwaige Anzeigentexte telephonisch aufgeben da wir für Fehler, die durch falsches Verstehen verursacht werden, keine Verantwortung übernehmen können. Expedition der „Volkswehr“

Auf Kredit

- Möbel
- Sofa Garnitur
- Bücher-schränke
- Kleider-schränke
- Damen-garderobe
- Herren-garderobe
- Bettstell. Matratz.
- Schreibl. Vertikal
- Spezialität: **Kompl. Braut-Ausstattungen** Wohnzimmer Schlafzimmer Küchen

M. Blumenreich

Danzig, Breitgasse 16.

Gegründet 1881.

Auf Teilzahlung!

Herren-Anzüge, -Ulster und -Paletots nur erstklassige, moderne Stoffe.

Damen - Paletots, - Kostüme, - Mäntel, Damen-Ulster

Überraschend große Auswahl an Pelz-Colliers und Taschen

Kredit-Haus

N. Fingerhut

Danzig, Milchkanngasse 16.

Billigste Preise! Kulanteste Bedingungen!

Von heute ab offeriere:

- Zucker p. Pfd. 21 \$
- Honig „ „ 28 \$
- Kartoffelmehl „ 18 \$
- Weizenmehl p. Pfd. 18 u. 20 \$
- Bratenschmalz p. Pfd. 50 u. 70 \$
- gar. f. Schweineschmalz p. Pfd. 90 \$
- H. Tilsiter Käse 80 \$
- Zwiebeln 15 \$
- Zündhölzer p. Pack 28 \$
- Sauerkohl p. Pfd. 6 \$

Kohlen

p. Ztr. 1,30, frei Haus 1,35 \$

Thee's

p. Pack 10, 20, 25, 30 u. 40 \$

Kakao p. Pfd. 1,20 - 2 \$ aufw.

Durch günstige Abschlüsse bin ich trotz der billigen Preise in der Lage meinen geehrten Kunden nur gute Ware zu liefern.

Walter Schurian

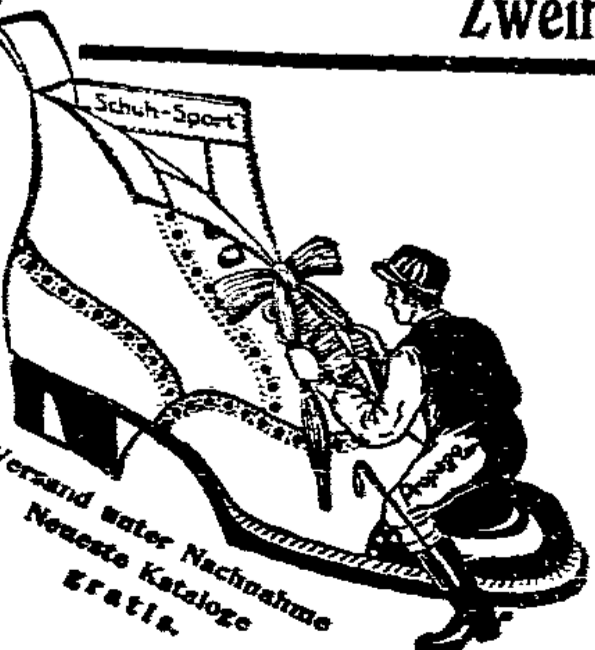
Kolonialwaren Langfuhr-Ne schottland 18

Willst du kaufen billig und gut, Dann gehe nur hin zu Fingerhut.

Einzig Propago

sind unsere gesetzlich geschützten

Wo Beweise sprechen, da schweigt der Zweifel.



Versand unter Nachnahme
Neueste Kataloge gratis.

Einheitspreis **6⁷⁵** nur

Stiefel und Halbschuhe

für

Damen und Herren

allein zu haben **in Danzig**

Langgasse 84

Schuh-Sport B. Flaum

Helles, freundliches Stübchen an alleinstehende Frau zum 1. 12. zu vermieten. Fischmarkt 44, part.
Freundliche Wohnung für 18 Mk. zu vermieten. Näh Hinter Adl. Brauhaus 21-22, bei Heymann.
Dachstube, Küche und Kammer an eine Person zum 1. 12. zu verm. Näheres Schwarzes Meer 21, part.

Central-Theater

Elbings grösster u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.

Neues Programm!

Darunter ein Hauptschlager und herrliche Dramen sowie Humoresken. Jedes Bild ein Schlager! Die Direktion.

Bei **Ed. Michaelsons Ww.** Neujahrswasser kauft man
Olivaerstr. 66

Schuhe und Stiefel jeder Art am billigsten und besten.

